Dienstag, den 26. Oktober 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 250

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis. Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“ Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140 sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter (1/2 geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 15 Pf auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf. das fette Wort 4 Pf Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Sonntag Sachsen-Wahlen

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Am kommenden Sonntag ist die sächsische Bevölkerung berufen, sich einen neuen Landtag zu wählen. Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien sind schon seit einigen Tagen in vollem Gange. Sie alle marschierten selbständig auf, nachdem die Bemühungen der Wehrverbände und des Sächsischen Landesbürgerrates, eine Einheitsliste der bürgerlichen Parteien aufzustellen, gescheitert sind. Die sächsischen Demokraten hatten trotz ihrer starken Rechtsorientierung von vornherein eine Beteiligung abgelehnt. Aber auch zwischen den übrigen Parteien war eine Einigung nicht möglich, weil offenbar die neu gebildeten Parteigruppen zu große Mandatsansprüche stellten, ohne daß die Deutschnationalen und Volksparteiler bereit gewesen wären, eine wesentliche Zahl von Mandaten auf dem Altar der bürgerlichen Einheitsfront zu opfern. Die Folge ist eine große Parteizersplitterung. Sie ist leider nicht auf die bürgerliche Bewegung beschränkt geblieben, sondern findet auch in dem Lager der Arbeiterschaft ihren Ausdruck.

In dem am Sonntag abtretenden Landtag, der 1922 gewählt wurde, waren anfänglich insgesamt fünf Parteien und später nach der Absplitterung der 23 Abgeordneten von der SPD. sechs Parteigruppen mit 96 Abgeordneten vertreten. Davon entfielen auf die Sozialdemokraten 18, die sogenannte „Alte Sozialdemokratische Partei“ 23, die Kommunisten 9, die Demokraten 8, die Volksparteiler 19 und auf die Deutschnationalen ebenfalls 19 Mandate. Jetzt sind nicht weniger als 12 Parteilisten aufgestellt. Es handelt sich zunächst um die bisher schon im Landtag vertretenen Gruppen. Außerdem hat das Zentrum, das bei der Wahl im Jahre 1922 sein einziges Mandat verlor, wieder eine Liste aufgestellt. Es wird im besten Falle ein Mandat erringen. Stärker dürfte die sogenannte „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ aus dem Wahlgang hervorgehen. Es ist anzunehmen, daß sie den bisher schon bestehenden bürgerlichen Parteien einige Mandate abringt und insbesondere die unzufriedenen Elemente im bürgerlichen Lager auf sich vereinigt. Wüst sieht es geradezu im völkischen Lager aus. Da gibt es einmal eine Völkisch-soziale Arbeitsgemeinschaft und außerdem noch eine National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei, deren Spitzenkandidat im Wahlkreis Dresden der bekannte Kapitän v. Mücke ist. Außerdem hat sich noch eine Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung eingefunden, für die sich übrigens der alte Graf Posadowsky in einer Versammlung in Leipzig eingesetzt hat, und schließlich ist noch eine Liste des Reichsverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine zu verzeichnen. Dieser Reichsverband ist eine Absplitterung von der großen Organisation der deutschen Hausagrarier. Da es eine Listenverbindung nach dem sächsischen Wahlgesetz nicht gibt, wird die Folge dieser Zersplitterung im bürgerlichen Lager im Vergleich zu der jetzigen Gesamtziffer ein verhältnismäßig starker Verlust an Mandaten sein. Der Versuch der Deutschen Volkspartei, noch kurz vor Toresschluß im Landtag durch eine Aenderung des Wahlgesetzes eine Listenverbindung der bürgerlichen Parteien möglich zu machen, scheiterte an dem Widerstand der Linken.

Die Sozialdemokratische Partei sieht dem Ausgang der Wahlen in bester Hoffnung entgegen. Sie hat mit Ausnahme der Genossen Fellisch und Schwarz alle bisherigen 18 Abgeordneten wieder aufgestellt. Die 23 Abgeordneten, die unter dem Namen „Alte Sozialdemokratische Partei“ den Wahlkampf führen, tun zwar so, als wenn sie ebenfalls große Hoffnungen auf die Wahlen setzten. Es ist aber kaum anzunehmen, daß es ihnen gelingt, größeren Anhang im Lande zu gewinnen.

Finanzausgleich und Sozialdemokratie.

Von Dr. Paul Hertz, M. d. R.

Am 2. November wird eine Konferenz des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder stattfinden. Ihr Zweck ist die Beratung der Vorschläge des Reiches zum künftigen Finanzausgleich, dessen Gestaltung nicht nur heftig umstritten, sondern auch von der größten politischen, finanziellen und sozialen Bedeutung ist.

Die Regelung des Finazausgleichs ist aber nicht nur von Interesse für einige Dutzend Staatsmänner oder Verwaltungsbeamte, sondern auch eine Lebensfrage für die breitesten Volksmassen, deren Schicksal hier aufs stärkste beeinflußt wird. Die Organisationen der Unternehmer wollen bei dieser Gelegenheit ihre eigenen Lasten vermindern, die Lasten der Masse des Volkes aber erhöhen.

Die Absichten der Reichsregierung stehen im Augenblick noch nicht fest. Die Meldungen über einen fertigen Gesetzentwurf zum Finanzausgleich eilen den Tatsachen voraus. Gewiß ist nur, daß die provisorische Regelung des Finanzausgleichs, die am 31. März 1927 endet, um ein Jahr verlängert werden soll. Bis jetzt fehlen alle Unterlagen, ohne die das Gesetz über die endgültige Regelung des Finanzausgleichs nicht erlassen werden darf. Es handelt sich um finanz- und steuerstatistisches Material, das den erforderlichen Ueberblick über die Entwicklung der Finanzverhältnisse der Länder und Gemeinden von der Vorkriegszeit bis zur jüngsten Gegenwart gewährt. Dieses Material liegt bis jetzt nur teilweise vor, ist aber noch nicht verarbeitet. Die Angaben für das Jahr 1926 fehlen sogar noch vollständig. Auch ist die zweite unerläßliche Vorbedingung für eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs noch nicht erfüllt: die Abgrenzung des gegenseitigen Aufgabenkreises. Aus all diesen Gründen hat man sich auch in den Ländern und Gemeinden damit abgefunden, daß die Zeit für eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs noch nicht gekommen ist, und das gegenwärtig nichts anderes übrig bleibt, als die Verlängerung des Provisoriums.

Die großen Streitfragen — Gewährung des Zuschlagsrechts, Lastenausgleich und Verwaltungsreform — sind infolgedessen für den Augenblick zurückgestellt. Trotzdem bestehen aber auch über den Inhalt des Provisoriums große Meinungsverschiedenheiten. Sowohl vom Reich als auch von den Ländern und Gemeinden werden anläßlich der Verlängerung Abänderungen der augenblicklich bestehenden Regelung gewünscht. Gegenwärtig erhalten Länder und Gemeinden von der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer 75 Prozent von der Umsatzsteuer 30 Prozent. Das bedeutet einen Gesamtanspruch der Länder und Gemeinden an das Reich aus diesen drei Steuerquellen in Höhe von 2100 Mill. Mark jährlich. Für die Umsatzsteuer allein ist ein Ertrag von 500 Millionen jährlich garantiert. Da der Ertrag der Umsatzsteuer aber infolge der Wirtschaftskrise und der Steuersenkung statt 1500 Millionen Mark wahrscheinlich nur etwa 900 Millionen Mark betragen wird, so wird diese Sondergarantie bei der Umsatzsteuer die Reichskasse mit einem Betrag von etwa 200 Millionen Mark belasten.

Die Reichsregierung will offenbar diese kostspielige, von ihr seiner Zeit nur unter Zwang zugestandene Garantie beseitigen. Auch spricht man davon, daß der § 35 des Finanzausgleichsgesetzes mit rückwirkender Kraft aufgehoben werden soll. In diesem Paragraphen übernimmt das Reich die Verpflichtung, daß die finanzschwachen Länder einen Anteil an der Einkommensteuer erhalten, der pro Kopf nicht unter 80 Prozent des Reichsdurchschnittes sinken darf.

Andererseits wünschen auch die Länder und Gemeinden eine Besserstellung. Zum Ausgleich für neuaufgebürdete soziale Lasten verlangen sie die Erhöhung ihres Anteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 75 auf 90 Prozent. Sie lassen ferner keinen Zweifel daran, daß sie, für den Fall der tatsächlichen Beseitigung der gemeindlichen Getränkesteuern — die zum 1. April 1927 bereits beschlossen ist — einen gleichwertigen Ersatz beanspruchen. Sie widersetzen sich natürlich auch der Beseitigung der Sondergarantie bei der Umsatzsteuer.

Man sieht, wie schwierig die bevorstehenden Verhandlungen sein werden, selbst wenn sie auf das finanzpolitische Gebiet beschränkt bleiben.

Der Finanzausgleich ist aber nicht nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine hochwichtige politische Frage. Die Länder kämpfen um ihre politische Selbständigkeit, die Gemeinden um ihre Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Es kommt hinzu, daß das Reich die Tendenz hat, soziale Aufgaben auf Länder und Gemeinden abzuschieben, ohne ihnen zugleich ausreichnde Mittel dafür zu gewähren. Das wird um so unangenehmer empfunden, wenn das Reich den gewiß populären Steuerabbau nicht auf eigene Kosten, sondern auf Kosten der Gemeinden vornimmt, und außerdem von den Gemeinden verlangt, auch ihre eigenen Steuern zu ermäßigen.

Man wird das Ergebnis der Besprechungen der Finanzminister und den Gesetzentwurf der Reichsregierung abwarten müssen, ehe man endgültig Stellung nehmen kann. Soviel ist jedoch sicher, daß die Hinausschiebung der endgültigen Regelung überall als unausweichlich empfunden wird, wenn man sie auch bedauert, wie das in den Gemeinden vielfach geschieht. Umstritten wird lediglich der Inhalt des Provisoriums sein. Hier droht die große Gefahr, daß der Kampf der verschiedenen Interessenten — Reich, Länder und Ge-

Die Schwierigkeiten für den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Deutsche Agrarierinteressen und polnische Angst vor deutscher Einwanderung.

Warschau, 26. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Als Antwort auf die Meldungen der deutschen Presse über Schwierigkeiten von polnischer Seite in den zurzeit geführten Handelsvertragsverhandlungen erscheint heute in den Warschauer Zeitungen eine offenbar inspirierte Notiz, in der darauf hingewiesen wird, daß die Schwierigkeiten lediglich von deutscher Seite gemacht werden. Es heißt u. a., daß die Ablehnung einer Ermäßigung der Vieh- und Getreidezölle und ebenso die Verweigerung einer Erleichterung des Transitverkehrs für Polen einen Handelsvertrag völlig wertlos mache und seine jetzige Lage nur verschlimmern würde. Es wird allerdings zugegeben, daß auch Polen nicht auf alle deutschen Forderungen eingehen könne. Damit ist vor allem an das Niederlassungsrecht gedacht.

* * *

Die gestern von uns beanstandeten Ausführungen gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag in einer Breslauer Volksparteiversammlung sind nicht, wie irrtümlich angegeben, vom Referenten dieser Versammlung, Freiherrn v. Rheinbaben, gemacht worden, sondern vom Vorsitzenden, Oberstudiendirektor Dr. Jahn. Damit entfallen die aus diesem Anlaß gegen Rheinbaben persönlich erhobenen Vorwürfe, die allerdings die Volkspartei als solche auch weiterhin treffen, da Dr. Jahn nicht nur Leiter dieser volksparteilichen Versammlung war, sondern auch Vorsitzender der Breslauer Parteiorganisation ist.

Der Nationalitätenkampf in Ostpolen.

Warschau, 25. Oktober. (Eig. Bericht.) Im „Robotnik“ veröffentlicht Genosse Niedzialkowski anläßlich der Ermordung des Schulkurators Sobinski in Lemberg einen Artikel, in dem er gegen die Kampagne, die von der nationalen Presse im Zusammenhang mit diesem Vorfall gegen die gesamte ukrainische Bevölkerung aufgenommen wurde, Stellung nimmt. Er erklärt, daß von einer Schuld irgendeiner der großen politischen ukrainischen Parteien keine Rede sein kann. Der Mord bedeute vielmehr ein Signal dafür, daß die Zustände in dem ukrainischen Teil Polens unhaltbar seien und die Zuspitzung der Verhältnisse ihre Grenzen erreicht hat. Seit dem Maiumsturz seien fünf Monate vergangen, ohne daß von der Regierung etwas getan worden wäre, um eine Aenderung in der bisherigen Minderheitspolitik herbeizuführen. Es sei in dieser Hinsicht nicht einmal zu der Aufstellung eines Programms gekommen. Die Stimmen der aufrichtigen Demokraten in Polen, die ein Zusammenleben und Zusammenwirken mit dem ukrainischen Volke anstreben, seien in Warschau unbeachtet gelassen worden.

Der Artikel schließt mit dem Hinweis, daß der Sieg des demokratischen Gedankens in Polen nicht zuletzt von der Lösung des Minderheitenproblems abhänge. In dieser Richtung seien bereits Versuche zwecks Gründung einer einheitlichen sozialistischen Richtung in der Ukraine gemacht worden.

*

Warschau, 24. Oktober (Drahtbericht.) Zwei ukrainische sozialistische Parteien in Polen, der bäuerlich-sozialistische „Selanski Sojuz“ im ehemals russischen Landesteil und die mehr städtisch-proletarische Sozialistenpartei in Galizien, haben sich nach zweijährigen Verhandlungen zu einer gemeinsamen Partei zusammengeschlossen, die den Namen Ukrainische Sozialistische Bauern- und Arbeiter-Vereinigung angenommen hat. Da die galizischen Ukrainer bei den nächsten Sejmwahlen keine Wahlenthaltung mehr üben werden, wird die neue Partei eine nicht unbeträchtliche Rolle in der Wahlkampagne spielen, die namentlich auch auf die Wahlstrategie der anderen nationalen Minderheiten von Einfluß sein wird. Es wird erwartet, daß die neue Partei in innerpolitischen Fragen einen radikalen Linkskurs einschlagen und sich im übrigen auf die Sowjetukraine orientieren wird.

Die belgische Stabilisierung.

1 Belga = 5 Franken.

Brüssel, 26. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Die Stabilisierungserlasse sind am Montag erschienen und haben innerhalb der Bevölkerung großes Aufsehen erregt. Die Aufnahme ist im allgemeinen günstig und vor allem erklären sich die Finanzkreise befriedigt. Die 100-Millionen-Dollar-Anleihe wurde auf 30 Jahre gewährt, und zwar zu einem Emissionskurs von 90 Prozent und bei einer Verzinsung von 7 Prozent. Man ist sowohl in Regierungs- wie auch in Finanzkreisen der festen Ueberzeugung, daß durch diese Anleihe die Stabilisierung dauernd gesichert ist. Als weitere Garantie hierfür betrachtet man die von amerikanischen, englischen, deutschen, österreichischen, japanischen, holländischen, schwedischen und schweizerischen Emissionsbanken garantierten Rediskont-Kredite in Gesamthöhe von 35 Millionen Dollar.

Es ist geplant, ausschließlich zu Operationszwecken für die Währungssanierung ein neues Geldmittel zu schaffen, das den Namen „Belga“ tragen soll und den Wert von fünf stabilisierten Papierfranken hat. Im Inlandsverkehr soll nach wie vor der Frank gelten. Der Zweck dieser Neuerung ist, die belgische Währung von dem französischen Franken, insbesondere im Auslandsbörsenverkehr, endgültig unabhängig zu machen.

Der Brüsseler sozialistische „Peuple“ begrüßt diese Stabilisierung ohne Einschränkung, weil sie die Wirtschaftslage wesentlich verbessere und namentlich den Wirtschaftskampf der Arbeiterschaft endlich auf eine feste Grundlage stelle.

Wieder ein Revolverheld des Stahlhelms. Im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen kam es am Sonntag zwischen Stahlhelmleuten und mehreren Mitgliedern des Reichsbanners zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf ein Stahlhelmmann mit einem Revolver in die Gruppe der Reichsbannerleute feuerte. Ein jugendliches Reichsbannermitglied mußte schwerverletzt in das Krankenhaus gebracht werden.

meinden, Unternehmer — auf dem Rücken der breiten Massen des Volkes ausgetragen wird. Die Besitzenden aller Schattierungen verlangen von dem Finanzausgleich eine Ermäßigung ihrer Lasten, erstreben aber gleichzeitig die Neubelastung der Besitzlosen. Diese Gefahr abzuwenden ist die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die zweite Gefahr ist, daß, durch eine zu starke Drosselung der Einnahmen von Ländern und Gemeinden die sozialen Ausgaben — namentlich der Gemeinden — beeinträchtigt werden. Diese Stellungnahme der Reichsregierung zur Erwerbslosenfürsorge läßt diese Gefahr besonders akut erscheinen. So wichtig deshalb für die Sozialdemokratie aus allgemeinen politischen Erwägungen die Sicherung der Finanzhoheit des Reiches ist, so wenig dürfen dadurch die sozialen Ausgaben gedrosselt werden. Notwendige, zum Schutze der Arbeitskraft unbedingt erforderliche Aufgaben müssen erfüllt werden. Und die dazu erforderlichen Mittel müssen den Gemeinden unter allen Umständen zur Verfügung gestellt werden.

Die angebliche Verhaftung eines Erzbergermörders — eine Falschmeldung.

Die von der deutschen Generalanzeigerpresse und anderen Blättern wiedergegebene Meldung, daß in Straßburg einer der seit langem gesuchten Erzbergermörder verhaftet worden sei, wird von der zuständigen Polizeibehörde dementiert. Es trifft zu, daß ein deutscher Staatsangehöriger vor wenigen Tagen in Straßburg verhaftet worden ist. Die Feststellung seiner Personalien hat jedoch ergeben, daß er mit einem der Erzbergermörder nicht identifiziert werden kann.

Aus dem Reiche.

Der neue Chef der Heeresleitung hat am Montag sein Amt angetreten. Er richtete gleichzeitig einen Abschiedserlaß an den bisher von ihm befehligten Wehrkreis, in dem es zum Schluß heißt: „Seid stets eingedenk, daß euer Platz in unserer vom Vaterland abgegrenzten Provinz ein bevorzugter ist, daß ihr aber auch jederzeit bereit sein müßt — auf euch selbst gestellt — bis zum letzten Mann einzustehen für Freiheit und Bestand eurer wunderschönen Heimat, für unser geliebtes deutsches Vaterland, hurra, hurra, hurra!" — Altbekannte Töne, die alle Friedensfreunde als Warnung nicht überhören sollten. General Heye kommandierte bekanntlich an der deutschen Ostgrenze!

Die angeblichen neuen Hofjagden. Amtlich wird zu der Meldung des Berliner „Montag Morgen" mitgeteilt: Dem ehemaligen Kaiser ist in Rominten lediglich das Jagdhaus, jedoch kein Forst verblieben. Das Jagdhaus ist inmitten des Staatsforstes gelegen, in dem der ehemalige Kaiser keinerlei Jagdrechte besitzt. Es ist also festzustellen, daß Jagdeinladungen des ehemaligen Kaisers nach Rominten aus dem angeführten Grunde nicht ergangen sein können.

Die Zersetzung der Völkischen. Bei den letzten thüringischen Landtagswahlen traten Völkische und Nationalsozialisten mit einer Kandidatenliste in Erscheinung, weil sie hofften, daß der Krach zwischen Berlin und München innerhalb ihrer Gesamtbewegung sich durch die „Einigkeit" der thüringischen Anhänger überwinden lassen würde. Der Zwiespalt zwischen dem Völkischen Graefe in Berlin und den Nationalsozialisten in München war aber zu groß. Auch in Thüringen platzte deshalb die Bewegung. Zunächst schied nur Dr. Dinter aus, aber er verstand es, wenn auch keine Massen, so doch einen nach dem andern der völkischen Abgeordneten zu sich herüberzuziehen. Vor wenigen Tagen bestand die völkische Fraktion des Landtages noch aus drei Mitgliedern. Jetzt kann Dinter den „Erfolg" buchen, daß auch noch einer von den dreien zu ihm gestoßen ist und damit die Völkischen nunmehr auf zwei Abgeordnete zusammengeschrumpft sind. Abgeordnete haben nur dann Fraktionsrechte im thüringischen Landtag, wenn es zu einem Skat ausreicht.

Eberts Schwiegersohn „begnadigt". Der Reichspräsident hat dieser Tage dem Attaché im Auswärtigen Amt, Dr. Jaenicke, die seinerzeit gegen ihn verhängte Geldstrafe in Höhe eines Drittels eines Monatsgehaltes im Gnadenwege erlassen. Diese Strafe gegen den Schwiegersohn des ehemaligen Reichspräsidenten wurde von dem Disziplinargerichtshof in Potsdam verfügt, weil Dr. Jaenicke in das Fremdenbuch eines Hotels in Capri nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten eine erregte Eintragung gemacht hatte. Gegen Dr. Jaenicke wurde gleichzeitig die Strafversetzung ausgesprochen, die jetzt dadurch überflüssig geworden ist, daß Jaenicke auf seinen Antrag zum 1. November in die preußische Verwaltung übertritt, und zwar im Berliner Polizeipräsidium als Regierungsassessor Verwendung findet. Die Rechtspresse regt sich über diesen Eintritt in die preußische Verwaltung künstlich auf. Auch die „Tägliche Rundschau" verzeichnet die Tatsache mit einer hämischen Bemerkung. Sie hat vergessen und scheint nicht zu wissen, daß diese Aenderung in der dienstlichen Stellung des Dr. Jaenicke in voller Uebereinstimmung mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann, und unter dessen Einfluß noch, als Minister Severing in Preußen amtierte, vereinbart wurde.

Die Kämpfe in China.

Die Londoner „Times" lassen sich (zuletzt in der Ausgabe vom 23. d. Mts.) zu den verwickelten Problemen der innerchinesischen Wirren über die Aussichten der einzelnen militärischen Kräfte berichten, die seit Wochen in der Nähe von Schanghai, des großen Außenhandelsplatzes des ostchinesischen Meeres an der Mündung des großen Stromes Jang-tse-kiang, ihre Truppenmassen sammeln. Die unter sowjetrussischem Einfluß stehende südchinesische Nationalarmee, die ihren Siegeszug vor kurzer Zeit antrat und die englischen Handelsinteressen in Schanghai in ähnlicher Weise zu bedrohen begann, wie sie den Stützpunkt Englands in Südchina, den Hafen Hongkong, durch Boykottmaßnahmen seiner ganzen Bedeutung beraubt hatte, wird als militärisch bedeutend schwächer als ihre drei Gegner geschildert. Jedoch sei die moralische Stellung der Kanton-Armee und ihre Anhängerschaft unter der Bevölkerung ganz Chinas infolge geschickter Propaganda, mustergültiger Disziplin und Ordnung durch das menschlichere Vorgehen, die Unterlassung von Plünderungen und insbesondere durch das stark mit sozialen Forderungen durchsetzte nationalistische Umsturzprogramm ungleich stärker als die Stellung der drei Heerführer Tschang-Tso-Lin, Sun-Tschuan-Fang und Wu-Pei-Fu. Im Gegensatz zur Kanton-Armee besäßen diese eine bessere Ausrüstung, numerisch stärkere Truppen, und besonders Tschang-Tso-Lin rechne auf die Unterstützung der Europäer. Tschang-Tso-Lin befinde sich aber in finanziellen Schwierigkeiten, und sei noch dazu als selbstsüchtiger Despot unpopulär, Sun-Tschuan-Fang sei seiner Anhänger nicht sicher, und Wu-Pei-Fu sei durch erlittene Niederlagen vorläufig aktionsunfähig. So sei es mehr als ungewiß, ob die drei Nordarmeen zu gemeinsamem Schlage würden ausholen können.

Für England sind gerade diese Entscheidungen von besonders brennendem Interesse, da Schanghai der einzige noch übriggebliebene Stützpunkt seiner Politik in China ist, während die Bedeutung von Hongkong in Südchina durch die Kantonbewegung und von Wei-Hai-Wei in Nordchina durch die das Wirtschaftsleben lahmlegenden vorausgegangenen Kämpfe zwischen den nordchinesischen Machthabern vernichtet wurde. Bei der fremdenfeindlichen Tendenz der Politik der Kantonregierung würde auch Schanghai bei einer Eroberung seine Bedeutung verlieren. Das bisher unterbliebene Eingreifen eigener Streitkräfte der interessierten Westmächte würde nach einem solchen Mißerfolg ihrer bisherigen Politik der Heranziehung einheimischer Kräfte neu zur Debatte gestellt werden.

* * *

Reuter meldet aus Schanghai, daß sich der Boykott gegen England verschärft und daß englische Waren im Werte von Tausenden von Dollar beschlagnahmt worden sind.

Der neue Schlag gegen die russische Opposition.

Moskau, 25. Oktober. (Drahtbericht.) Jetzt erst ist der wirklich entscheidende Schlag gegen die russische kommunistische Parteiopposition gefallen, denn die Ausschließung Trotzkis und Kamenews aus dem politischen Büro macht es der ganzen Partei und überhaupt der Oeffentlichkeit augenfällig, daß man die Stimmen der „Rebellen" bei den Beratungen im engen Kreise der maßgebendsten Parteiführer künftighin nicht mehr hören will — während Sinowjews Abberufung aus der russischen Delegation der Komintern ihn auch noch seiner eigentlichen Basis beraubt und ihm die internationale Bedeutung nimmt. Zu diesen Maßregelungen hat das Zentralkomitee in den letzten Tagen in der Parteipresse bereits vorarbeiten lassen. Die Hauptorgane der Partei in Moskau und in Leningrad griffen die bekannte Kapitulations-Erklärung der Oppositionsführer als heuchlerisch und nicht vertrauenswürdig an und forderten „stärkere Sicherungen". Diese sind nun gegeben worden. Eine Erklärung über diesen neuesten Schritt der Parteileitung dürfte vor der Parteikonferenz abgegeben werden, die aber vor die bereits vollzogene Tatsache gestellt wird.

* * *

Die Berliner amtlichen Sowjetstellen haben die zunächst unwidersprochen durch die ganze Welt gegangene Meldung von der Aenderung der russischen Staatsfahne jetzt für Erfindung des Moskauer Korrespondenten amerikanischer bürgerlicher Blätter erklärt. Die Zulassung bürgerlicher Korrespondenten bei gleichzeitiger Ausschließung aller sozialistischen Zeitungsvertreter in Moskau macht die Sowjet-Regierung für solche Meldungen mitverantwortlich.

Auch bürgerliche Redner im Unterhaus für die Bergarbeiter.

London, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus versammelte sich am Montag zu einer neuen Verlängerung des Ausnahmezustandes.

Clynes, der für die Arbeiterpartei sprach, forderte die Regierung auf, einen neuen Versuch zu machen, die Parteien an einen Verhandlungstisch zu bringen. Auf Seiten der Arbeiter bestehe eine ausgesprochene Verständigungsbereitschaft, aber keinerlei Neigung zur Kapitulation. Clynes klagte den Ministerpräsidenten an, im Kampfe auf der Seite der Bergbauunternehmer gestanden zu haben und eine große Anzahl Gelegenheiten, den Kampf beizulegen, versäumt zu haben. Schließlich protestierte Clynes gegen die Versammlungsverbote gegenüber den Führern des Bergarbeiterverbandes und nannte sie den gefährlichsten Schritt, der bisher von der Regierung unternommen worden ist.

Auch Lloyd George, der Clynes folgte, griff die Regierung auf das schärfste an. Er beschuldigte sie des Mangels an Unparteilichkeit und unterstrich insbesondere den Wahnwitz der Regierung, welcher darin bestanden habe, daß sie gerade in einem Augenblick, in dem die Bergarbeiter Kompromißbereitschaft gezeigt hätten, die Frage der Arbeitszeit vorgeschoben habe und damit den Kampf verlängert hätte. Die Regierung habe auch im weiteren Verlauf des Bergarbeiterkampfes sich dem Diktat der Unternehmer unterworfen und sich geweigert, zu verhandeln. Man höre, fügt Lloyd George hinzu, eine Menge über die Bedrohung der Allgemeinheit durch die Gewerkschaften, aber nichts über die Bedrohung der Allgemeinheit durch die Zusammenschlüsse der Kapitalisten. Die Politik der Niederwerfung der Bergarbeiter könne keinen Frieden bringen, da sie lediglich zur Folge haben würde, daß der gegenwärtige Industriellenkampf von den Bergarbeitern auf die politische Ebene verlegt würde. Lloyd Georges Rede wurde von der Arbeiterpartei mit demonstrativem Beifall aufgenommen.

Baldwin, der nach Lloyd George sprach, stellte fest, daß er keine neuen Vorschläge im Namen der Regierung zu machen hätte.

Eine sozialistische Drei-Länder-Konferenz für die Weltprobleme. Die „Rote Fahne" gibt heute eine Meldung des Berliner Korrespondenten des „Daily Herald" wieder, nach der der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Breitscheid in Paris eingetroffen sei, um mit den französischen Sozialdemokraten über die in Thoiry eingeleitete deutsch-französische Verständigungspolitik zu verhandeln. Richtig ist, daß sowohl der Genosse Breitscheid wie der Genosse Wels vor wenigen Tagen in Paris und einige Tage früher in Genf geweilt haben. Sie verhandelten in beiden Städten in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand nicht über die in Thoiry eingeleitete deutsch-französische Verständigungspolitik, sondern über die Einberufung einer Drei-Länder-Konferenz der maßgebenden sozialistischen Abgeordneten. Es ist selbstverständlich, daß auf dieser Konferenz, die wahrscheinlich in den nächsten Wochen stattfindet, alle schwebenden Probleme der Weltpolitik erörtert werden.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 25. Oktober.

1 Pfund Sterling	20.36	100 frz. Francs	12,84
1 Dollar	4.2005	100 tsch. Kronen	12,433
100 holl. Gulden	167,35	100 Schweizer Francs	81,62
100 belg. Francs	14.68	100 Pesetas	63,32
100 norw. Kronen	103,97	100 schwed. Kronen	112,19
100 Danzig. Gulden	81.50	100 000 ung. Kronen	5,88
100 Lire	12,81	100 öst. Schilling	59,26
100 dän. Kronen	111.71	100 Zloty	46,40

Wasserstand

26. Oktober.

Ratibor	3,48	Ramern (Unter-Pegel)	4,58
Neisse (Stadt) v. 25. 10.	—0,49	Dyhernfurth	3,17
Neissemündung (Unter-Pegel)	3,75	Abflußmenge sekundlich 335 cbm	
Brieg (Mastenkran)	4,38	Fürstenberg vom 25. 10.	1,24
Treschen	2,56	Wasserwärme: + 5,9°	

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorisierte Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

82] (Nachdruck verboten.)

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Jimmie Higgins stimmt für die Revolution.

Ein neuer Tag war angebrochen, obgleich Jimmie in seinem Verließ dies nicht bemerkt hatte. Er wußte bloß, daß Feldwebel Perkins zurückgekehrt war und auf ihn herabblickte, sich dabei eifrig in den Zähnen stocherend. Dieser kleine Bolschewik hatte die Wasserkur länger ausgehalten als je ein anderer; Perkins fragte sich, was der Narr wohl damit zu erreichen glaube.

Doch galt es, sich weiter mit ihm zu beschäftigen, denn der Leutnant hatte bereits telephonisch angefragt, ob der Gefangene „zur Einsicht gekommen" sei, und hatte die Dringlichkeit des Falles betont. So hing der Feldwebel Jimmie abermals an den Daumen auf, diesen armen Daumen, die entsetzlich angeschwollen und ganz schwarz waren. Diesesmal jedoch legte sich die gute Mutter Natur ins Mittel, der Schmerz war so furchtbar daß Jimmie das Bewußtsein verlor, und als der Feldwebel sah, daß er um seine Mühen betrogen wurde, band er Jimmie los und ließ ihn auf den feuchten Steinen liegen.

Drei Tage lang bestand Jimmies Leben abwechselnd aus Folterqualen und Ohnmachten — die übliche Routine der dritten Sektionsmethode bei hartnäckigen Fällen. In lichten Augenblicken schrie Jimmie zu dem Gott in seiner Seele auf, und dieser Gott nahte in seiner Glorie, von himmlischen Heerscharen geleitet, Triumphgesänge ertönten in Jimmies Seele — und der Gefangene „kam nicht zur Einsicht".

Am vierten Tage betraten seine drei Henker das Verließ, haben ihn auf, tragen ihn die Treppen hinan, hüllten ihn in Decken und setzten ihn in ein Automobil.

„Hören Sie," sagte Perkins, der neben ihm saß, „Sie kommen jetzt vors Kriegsgericht. Haben Sie verstanden?"

Jimmie gab keine Antwort.

„Und ich will Ihnen nur eines sagen — in Ihrem eigenen Interesse —, wenn Sie der Leuten vorlügen, wir hätten ihnen etwas getan, so schleppe ich Sie ins Verließ zurück und reiße Ihnen jedes Glied einzeln aus."

Jimmie schwieg noch immer; verdockter kleiner Teufel, dachte Perkins bei sich. In Jimmies Seele jedoch flackerte Hoffnung auf. Konnte er sich jetzt an höhere Instanzen wenden und seinen Henkern entkommen? Jimmie glaubte an sein Land, glaubte an die Absicht seines Landes, die Demokratie zu verteidigen. Er hatte die herrlichen Reden des Präsidenten Wilson gelesen und es schien ihm unmöglich, daß der Präsident gestatten würde, einen Gefangenen zu foltern. Doch ach, es ist weit von Archangelsk bis zum Weißen Haus, — und die Strecke wird noch weiter, mißt man sie durch die Verzweigungen des Armeeapparates, — denn dann starrt der Bürokratismus wie eine Hindenburglinie von Stacheldraht.

Jimmie wurde in ein Zimmer geführt, in dem sieben streng und feierlich dreinschauende Offiziere um einen großen Tisch standen. Perkins hielt ihn unter den Achselhöhlen, um den Eindruck hervorzurufen, der Gefangene könne gehen. Jimmie ward auf einen Stuhl gesetzt; er blickte sich um — die Gesichter, die er sah, flößten ihm wenig Hoffnung ein.

Der Vorsitzende des Kriegsgerichts war Major Caddis, früher Professor der Nationalökonomie an einer großen Universität; das heißt, er war von einem Bankierssyndikat gewählt worden als ein Mann, der fest an die herrschende Klasse glaubte, und durch nichts auf der Welt veranlaßt werden könnte, an etwas anderes zu glauben. Er war ein äußerst ehrenhafter Mensch, „seinesgleichen" gegenüber liebenswürdig und anziehend; doch hatten, seiner Ueberzeugung nach, die unteren Klassen unbedingt zu gehorchen, da das Bestehen der zivilisierten Gesellschaft auf diesen Gehorsam begründet war.

Neben ihm saß Oberst Nye, ein völlig verschiedener Typus. Nye hatte Mexiko und Mittelamerika als Glücksritter durchstreift und sein Glück als Führer einer jener Landsknechtbanden gemacht, die vor dem Kriege von den großen Körperschaften organisiert worden waren, um Streiks niederzuschlagen. Er hatte eine Privatarmee von fünftausend Mann befehligt, Reiter, Fußtruppen und Artillerie, dem Publikum unter dem Namen „Smithers-Detektiv-Agentur" bekannt. Während eines großen Kohlengrubenstreiks zum Führer der Miliz ernannt, und er hatte sich damit belustigt, die Maschinengewehre gegen eine von Frauen und Kindern bewohnte Zeltkolonie loszulassen. Es wurde gegen ihn von einem Milizkriegsgericht ein Prozeß wegen Mord angestrengt, der mit seiner Freisprechung endete — so daß von nun ab kein Zivilgericht ihn zum Tod durch den Strang verurteilen konnte. Nun war er automatisch von der Miliz ins reguläre Heer übergegangen, wo er als äußerst tauglicher Offizier mit viel Sinn für Disziplin galt.

Premierleutnant Olson war Kommis in einer Kurzwarenhandlung gewesen; er hatte sich freiwillig in ein Exerzierlager gemeldet, und da er ein Streber war, blickte er stets nach seinen Vorgesetzten, bevor er ein Urteil aussprach; das gleiche galt von Hauptmann Cushing, vor dem Krieg ein gutmütiger junger Bankbeamter mit einer hübschen Frau, die sein Gehalt stets ein paar Monate früher ausgab, als er es bekam. Der fünfte Offizier Leutnant Gannett, sprach am meisten, weil er Jimmies direkter Vorgesetzter war und die Recherchen im Prozeß geleitet hatte. Er und Major Prentice, der Auditor, hatten die ganze Sache entdeckt, zusammen mit Hauptmann Arthur, dem jungen Advokaten, der formell Jimmies Verteidiger war. Diese drei erklärten, der Fall sei äußerst ernst, die bolschewistische Propaganda bei der Expedition von Archangelsk müsse im Keim erstickt werden. Jimmie war wegen Insubordination und Aufhetzung zur Meuterei angeklagt. Darauf stand Todesstrafe.

Jimmie saß auf seinem Stuhl, unfähig zu erfassen, was um ihn her geschah, weil ihn die geschwollenen Daumen und Arme allzusehr schmerzten. Seine letzte Hoffnung war erloschen, nun interessierten ihn die Vorgänge nicht mehr; er brauchte seine ganze Energie, um Herr über die furchtbaren Schmerzen zu werden. Er weigerte sich, zu sagen, woher er die Flugblätter habe; als sie ihn mit Fragen peinigten, stöhnte er bloß leise vor Schmerzen. Nur einmal brach er aus; das erstemal, als Major Caddis seiner Empörung Worte verlieh, daß ein Bürger der großen amerikanischen Demokratie sich mit der bolschewistischen Brut einlasse, die in Rußland den Terror verbreite, senge, morde, foltere —

„Wer spricht von Foltern?" schrie Jimmie aufschnellend. „Habt ihr mich etwa nicht gefoltert, mich buchstäblich in Stücke gerissen?!"

Der Gerichtshof war empört. „Foltern!" rief Hauptmann Cushing.

„Ja, gefoltert, seit Tagen, vielleicht seit Wochen; ich weiß nicht, wie lange ich schon in dem Verließ liege."

Major Caddis wandte sich Feldwebel Perkins zu, der hinter Jimmies Stuhl stand, kaum fähig, seine Hände vom Halse des Gefangenen fernzuhalten.

„Was soll das heißen, Feldwebel?"

„Es ist eine Lüge, Herr."

„Schauen Sie meine Daumen an!" rief Jimmie. „Er hat mich an ihnen aufgehängt."

„Der Gefangene war äußerst gewalttätig", erklärte Perkins. „Er hat fast den Gefreiten Connor erschlagen, und wir mußten strenge Maßregeln ergreifen."

„Das ist erlogen!" brüllte Jimmie, doch ward ihm Schweigen geboten, und die würdevolle militärische Maschine arbeitete weiter. Jeder wußte, daß die Disziplin vernichtet würde, gälte die Aussage des Kerkermeisters nicht mehr als die des Gefangenen; das Wort eines loyalen, erprobten Untergebenen nicht mehr als das eines Verräters, Verschwörers, dessen Sympathien für den Feind nachgewiesen waren.

(Fortsetzung folgt.)

Fememorde der „Schwarzen Reichswehr" vor Gericht.

Oeffentliche Verhandlung gegen das Reichswehrministerium durchgesetzt.

Landsberg, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schwurgericht Landberg a. Warthe begann am Montag vormittag der Fememordprozeß gegen den Kraftwagenführer Reinhold Thom, den Drogisten Alfred Rathsmann sowie den Kaufmann Hans Buchholz. Es handelt sich hierbei um den ersten von vier Fememordprozessen, von denen bei zwei die Anklage auf versuchten, bei zwei auf vollendeten Mord lautet. Einzelne der Angeklagten befinden sich bereits über 1½ Jahre in Untersuchungshaft. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wesling, bezeichnete es in seiner Ansprache an die Geschworenen als die Aufgabe des Gerichts, ein lebendiges Bild der Vorgänge vorzuführen, die sich seinerzeit im Jahre 1923 in Küstrin abgespielt haben. Unter den Zeugen des ersten Prozesses befinden sich mehrere Angeklagte der anderen drei Verfahren, darunter auch Erich und Willy Klapproth. Als Zeuge und als Sachverständiger ist Oberst Gudovius vom Reichswehrministerium anwesend.

Der Angeklagte Thom ist am 6. Juni 1892 in Mecklenburg geboren. Von 1915 bis 1918 war er im Felde, dann geriet er verwundet in Gefangenschaft. Rathsmann ist 1903 in Westpreußen geboren, Buchholz im Juni 1904 in Charlottenburg. Alle drei sind nicht vorbestraft. Die **Anklage** legt Thom zur Last, im Juni 1923 den Versuch gemacht zu haben, den Leutnant a. D. Richard Jahnke durch Gift zu töten. Rathsmann soll Thom wissentliche Hilfe geleistet, Buchholz den Rathsmann mit Begehung des Verbrechens des Totschlags bedroht haben. Gleich zu Beginn der Verhandlung beantragte die Verteidigung Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab.

Bei seiner Vernehmung gab Buchholz zu: Ich war Ingenieur bei der Nationalen Automobil-Gesellschaft in Berlin, wo ich **über die „Schwarze Reichswehr" informiert** wurde. Auf meine Frage wurde mir bestätigt, daß **diese mit der eigentlichen Reichswehr in Verbindung** stehe. Da ich den Wunsch hatte, Offizier zu werden, trat ich in die Schwarze Reichswehr ein. Ich wurde dort mit Oberleutnant Schulz bekannt gemacht. Am 1. Mai 1923 bekam ich die Papiere und fuhr **zum Wehrkreiskommando** III nach Küstrin zum Zeughof. Bereits diese Aussage bezeichnete der Sachverständige, Oberst Gudovius, als Grund, die Oeffentlichkeit auszuschließen, da die Staatssicherheit gefährdet werden könnte. Der Ausdruck „Schwarze Reichswehr" in Verbindung mit dem Wehrkreiskommando III könnte die schwersten außenpolitischen Folgen haben. Buchholz sagte weiter aus: Nachdem ich etwa 5—6 Wochen in Küstrin war, hörte ich zum erstenmal von dem Fall Jahnke, der eines Mittags verhaftet wurde. Es verlautete, daß Jahnke in eine Munitionsschiebung verwickelt sei. Am selben Tage sei Oberleutnant Schulz nach Küstrin gekommen zur Untersuchung. Leutnant Jahnke sei degradiert worden. Allgemein habe große Empörung unter der Truppe geherrscht, als bekannt wurde, daß Leute darunter waren, die Munition an die Feinde verschieben wollten. — Vorsitzender: An die Feinde? — Angeklagter: An die Kommunisten. Uns wurde gesagt, ein Kommunist hätte die Munition gekauft. Eines Tages kam dann Thom und erklärte: Rathsmann hat **Gift gebracht,** das hat aber nicht gewirkt. Einige Tage später fragte ich Thom und Rathsmann, wozu das Gift eigentlich gebraucht worden sei. Da ich hintergangen war, **verlangte ich mit der Pistole die Wahrheit.** Darauf gab Rathsmann die Antwort, **das Gift dem Jahnke gegeben** zu haben. Von „Fememorden" will der Angeklagte nur durch die Presse gehört haben; zu seiner Zeit sei keiner vorgekommen.

Als der Angeklagte im weiteren Verlauf der Vernehmung u. a. erklärte, Beförderungen hätten für Angehörige der Schwarzen Reichswehr nur in Frage kommen können, wenn die Truppe im Ruhrkampf eingesetzt werden sollte, erhob der Vertreter des Reichswehrministeriums sofort Einspruch. Auch die Verteidiger beantragten wieder den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Der Oberstaatsanwalt bezeichnete die Sorge der Verteidigung und der Sachverständigen als ganz unbegründet, da sowohl in der Oeffentlichkeit wie **jenseits der Grenzen über diese Dinge schon viel mehr bekannt sei.** Den formellen Antrag der Verteidigung auf Ausschluß der Oeffentlichkeit, dem der Oberstaatsanwalt widersprach, lehnte das Gericht ab.

Der Angeklagte Rathsmann erklärte, Thom habe ihm eines Morgens gesagt, Jahnke müsse um die Ecke gebracht werden. Er habe darauf erwidert, das sei Sache des Gerichts. Thom habe aber von ihm als Drogist Beschaffung von Gift verlangt, was er jedoch abgelehnt habe. Thom habe dabei einen Wutanfall bekommen und ihn mit erhobener Faust bedroht: „Wenn du das nicht tust, dann . . ." Dadurch habe er sich in seinem Leben ebenso bedroht gefühlt wie Jahnke. Er sei sehr verängstigt gewesen, da ihm bekannt war, daß Klapproth und Büsching nach Küstrin kommen sollten. Büsching sei schon früher einmal geheimnisvoll als **Mitglied der geheimen militärischen Kriminalpolizei** bezeichnet worden. Er habe sich dann etwas **Arsenik** angeeignet und es **Thom gegeben.** Am folgenden Tage habe Buchholz bereits im Geschäftszimmer **geschimpft, daß das Gift nicht gewirkt** habe. Buchholz habe vor ihm eine Pistole geladen, sie ihm auf die Brust gesetzt und gesagt: „Wenn du nicht sofort erklärst, ob du tatsächlich Gift gegeben hast, oder nicht, schieß ich dich nieder!" Als er erklärte, Gift gegeben zu haben, setzte Buchholz die Pistole ab und sagte: „Das wird sich ja herausstellen, und du sollt dann sehen, was dir passiert." Am nächsten Tage habe Thom ein stärkeres Gift verlangt und unter der Drohung des Buchholz habe er ihm etwas **Zyankali** gebracht, etwa so viel, wie eine Haselnuß. Thom habe erklärt, die Verantwortung zu übernehmen. Er selbst, Rathsmann, habe in der Angst gelebt, daß, selbst wenn Thom festgesetzt würde, ein anderer sich finden würde, der ihn um die Ecke bringe.

Der Angeklagte Thom bekundete u. a.: Nach der Verhaftung Jahnkes traf Klapproth bei der Formation ein und sagte zu mir: „Du bist ja ein alter eingeweihter Mann und ich kann dir anvertrauen, daß **der Befehl ergangen ist, Jahnke auf irgend eine Art verschwinden zu lassen.** Bis jetzt hat er noch keinen „Ausflug" **(Fluchtversuch)** gemacht. Aber ich hoffe, **daß ihn der Hunger bald dazu zwingen wird,** denn er hat seit Sonnabend nichts zu essen bekommen. Wenn er einen Ausflug macht, **dann werden ihn die Posten erschießen."** Einer der Posten war der Bruder von Erich Klapproth, Willy Klapproth. Ich habe Jahnke heimlich vor einem Fluchtversuch gewarnt und ihm angedeutet, welcher Plan bestand. Am Montag abend ließ mich Klapproth herausrufen und deutete an, er hätte bemerkt, daß ich Jahnke gewarnt habe. Sein Auftrag sei nun erledigt, nun müsse ich zeigen, daß ich wirklich der tapfere Mann bin, als den ich mich ausgegeben hätte. Ich müßte nun Jahnke um die Ecke bringen. Als ich Bedenken äußerte, zeigte er drohend auf seinen dicken Eichenstock. Unter dem Eindruck dieser Drohung versprach ich schließlich, seine Befehle auszuführen. Sein Befehl ging dahin, daß ich durch den Drogisten Rathsmann Arsenik besorgen und dem Jahnke ins Essen geben sollte. Ich habe dann Rathsmann zur Lieferung des Arseniks aufgefordert und ihm dabei gleich gesagt, ich würde es dem Jahnke nicht geben; aber ich müßte das Gift haben, um mich selbst vor Klapproth zu schützen und um der Ausführung seines Befehls vorzubeugen. Ich habe dann Jahnke gewarnt, er möge von dem Essen nichts nehmen, weil es vergiftet sei. Klapproth wartete auf ein Stichwort, daß er kommen und die Leiche beseitigen solle. Dieses Stichwort „Franz kommt" gab ich ihm am nächsten Tage telephonisch, und er kam. Ich brachte ihn in die Arrestzelle von Jahnke und er war einigermaßen erstaunt, daß Jahnke noch lebte. Er fragte Jahnke, ob er nicht schwer krank sei. Jahnke bejahte das. Ich sagte Klapproth nachher, das Gift habe offenbar nicht schnell genug gewirkt. Aber Klapproth war mißtrauisch geworden und ich sagte ihm, dann müßte man dem Jahnke ein stärkeres Gift geben. Darauf erklärt, Klapproth, man müsse Zyankali nehmen, das wirke sofort. Ich ließ mir nun von Rathsmann Zyankali geben. Wieder hatte ich die Absicht, es tatsächlich dem Jahnke nicht zu geben. Wir mußten aber Klapproth täuschen. Er wartete in einem Nebenraum auf den Tod des Jahnke.

Vorsitzender: Herr Thom, vor dem Untersuchungsrichter haben Sie erklärt, daß Sie tatsächlich unter dem Einfluß der Drohungen Klapproths die Absicht der Vergiftung gehabt hätten. Auf eine Frage seines Verteidigers bestätigt Thom, es sei ihm bekannt gewesen, daß Klapproth mit Gewalt gegen „Verräter" vorging, Klapproth habe direkt geäußert: „Mein Weg geht über Leichen!"

Dann wurde Landgerichtsdirektor Braune vernommen, der die Voruntersuchung geführt hatte. Er hat die Darstellung Rathsmanns für die richtige gehalten, weil sie von Anfang an dieselbe war. Außerdem habe er die glaubwürdige Aussage von Jahnke gehabt, daß Thom ihn niemals gewarnt habe und daß Klapproth nie bei ihm in der Zelle gewesen sei.

In der Nachmittagssitzung wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt und als wichtigster Zeuge der in einem anderen Verfahren angeklagte Erich Klapproth vernommen. Er bestritt, Thom zur Beschaffung von Gift für die Ermordung des Jahnke veranlaßt zu haben. Die Darstellung des Thom sei eine stinkende Lüge. Wenn es der Fall gewesen sei, würde er es ohne weiteres auf sich nehmen. Angeklagter Thom: „Die Aussage von Klapproth ist eine Gemeinheit, es ist so, wie ich es geschildert habe." Auch der Zeuge Willy Klapproth bestritt die Angaben des Angeklagten Thom; er sei zu jener Zeit überhaupt nicht in Küstrin, sondern in Berlin gewesen.

Der Zeuge Knüppel-Frankfurt (Oder) hat Jahnke nach Feststellung der Munitionsschiebung auf Anordnung der Kommandantur in Arrest bringen lassen, wo er bleiben sollte, bis er dem Gericht vorgeführt wurde. Er bestreitet, von Beseitigung oder Vergiftung des Jahnke gesprochen zu haben. Die Leute seien allerdings sehr empört gewesen und hätten davon gesprochen. Der Zeuge Kaufmann Zinter hatte damals den Schlüssel zum Arrestlokal des Jahnke. Zunächst habe es geheißen, Jahnke solle erschossen werden. Dann brachte Thom ein Päckchen mit Gift, das ins Essen kommen sollte. Er, Zinter, habe den größten Teil vorbeigeschüttet, so daß Jahnke nur übel geworden sei. Am Nachmittag habe er Jahnke vor einer Vergiftung gewarnt. Darauf habe er ein Päckchen Zyankali bekommen, das er jedoch, in Wasser aufgelöst, im Schrank verschlossen habe. Zinter war auch dabei, als Thom **dem Jahnke in der Zelle einen Strick hinwarf** und rief: **„Häng' Dich auf!"**

Schließlich wurde das Opfer jenes Giftmordversuches, der frühere Lehrer Jahnke, vernommen. Er bestätigt unter anderem, daß **Zinter ihn vor einer Vergiftung gewarnt** habe, **nicht jedoch Thom,** Klapproth habe er niemals in der Zelle gesehen. Zinter habe ihm auch gesagt, daß er auf der Flucht erschossen werden sollte.

Nachdem noch der Sachverständige, Oberst Gudovius, und die medizinischen Sachverständigen sich geäußert hatten, beschloß das Gericht, die Gebrüder Klapproth und den Zeugen Knüppel nicht zu vereidigen. Nach einer Pause ergriff der Oberstaatsanwalt das Wort zur Begründung der **Strafanträge.** Diese lauten gegen Thom wegen versuchten Mordes auf 4 Jahre Zuchthaus, gegen Rathsmann wegen Beihilfe auf 3 Jahre Zuchthaus und gegen Buchholz wegen Bedrohung auf 6 Monate Gefängnis.

* * *

Landsberg, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In den **späten Abendstunden wurde in dem ersten der vier Fememordprozesse folgendes Urteil gefällt: Thon wurde wegen versuchter Tötung, Rathsmann wegen Beihilfe zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt; Buchholz wegen Bedrohung zu einem Monat Gefängnis. Thon werden sieben Monate, Rathsmann zehn Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Die Strafe des Buchholz gilt als verbüßt. Die Kosten werden den Angeklagten auferlegt.**

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 25. Oktober gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslauverstehen). Tendenz Getreide Fest. — Oelsaaten: Fester. — Kartoffeln: Fest. — Mehl: Sehr fest.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	25.	23.	Oelsaaten:	25.	23.
Weizen 75 kgf)	28.00	27.50	N.Winterraps	51.—	—
Weizen 71 „ §	27,00	26,50	Leinsamen	34.—	—
Roggen 71 „ †	23,50	23,00	Senfsamen neu	46.—	—
Roggen 68 „ §	22.70	22.20	Hanfsaat	24.—	—
Hafer*)	17,50	17,00	Blaumohn	88.—	—
Braugerste*)	24,50	24,50			
Mittelgerste	20.00	20,00			
Winter-Gerste*)	18,50	18,00			

†) Gute Qualität.
§) Durchschnitts-Qualität.
*) Mittlere Art und Güte.

Speisekartoffeln, rote und weiße 3.00.
Fabrik-Kartoffeln für das Prozent Stärkegehalt 0.12.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	25.	23.		25.	23.
Weizenm. (70 %)	42.00	41.50	Auszugmehl	48,50	48.00
Roggenm. (70 %)*	35,25	34.75			

Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Aus aller Welt.

In München gibts Gefängnis für ein Gedicht.

Vor dem Münchener Schwurgericht spielte am Montag nachmittag ein Prozeß wegen Gotteslästerung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Allgemeinen Zeitung". Der Staatsanwalt erblickte das Vergehen gegen die Religion in der Veröffentlichung eines Zuckmayerschen Gedichtes, in dem folgende Stelle vorkommt: „Auf den Dächern schreien die Katzen Weh, wie der Herr im Garten von Gethsemane" Zur Stützung seiner Anklage brachte der Staatsanwalt eine Reihe von Zeugen, die erklären mußten, daß sie an dem Gedicht Aergernis genommen hätten. Unter diesen Zeugen befand sich auch der Leiter der bayrischen amtlichen Pressestelle. Bezeichnenderweise waren für die Verhandlung keine Sachverständigen geladen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 3 Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist bis 1930. In der Begründung heißt es unter anderem, daß in dem Gedicht eine Herabwürdigung der Gottheit Christi zu erblicken sei.

Der Prozeß gegen den Juwelenräuber Johannes Spruch,

der in der Tauentzienstraße in Berlin den sensationellen Raub ausführte, wird am 30. November vor dem Erweiterten Schöffengericht in Charlottenburg stattfinden. Spruch wird sich wegen schweren Raubes mit Waffengewalt, Nötigung und unerlaubten Waffenbesitzes zu verantworten haben. Mitangeklagt sind wegen Hehlerei seine Schwester Charlotte Spruch und die Filmstatistin Else Ringhausen. Inzwischen ist übrigens festgestellt, daß Spruch den Schuß auf den Geschäftsinhaber selbst abgegeben hat. Sein Helfershelfer Gerlach kommt hierfür nicht in Frage. Es ist übrigens der Polizei bis heute nicht gelungen, diesen Gerlach ausfindig zu machen. In einem Gutachten des Gerichtsarztes, der Spruch auf seinen Geisteszustand untersucht hat, wird festgestellt, daß in der Familie dieses Juwelenräubers mehrere Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen sind. Spruch wird für seine Tat aber verantwortlich erklärt.

Ein Berliner Grundstücksmakler verhaftet.

Einer der bekanntesten Berliner Grundstücksmakler, Erich Meyerfeld, der in den letzten Jahren in der Reichshauptstadt eine ungeheure Reklame entfaltete, ist auf Grund zahlreicher Anzeigen von Geschädigten verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Zum Teil ist Meyerfeld geständig, zum Teil bestreitet er alle Schuld. Die Betrügereien, die er begangen hat, sollen darin zu suchen sein, daß er Anzahlungen auf Grundstücke entgegengenommen hat, die ihm selbst gar nicht gehörten; in anderen Fällen hat er die Anzahlungen nicht an seine Auftraggeber abgeliefert, sondern sie für sich oder sein Geschäft verwendet.

Ein tödlicher Motorradunfall

ereignete sich am Sonntag abend auf der Stralsund—Rostocker Chaussee beim Bahnhof Martendorf. Ein Assistenzarzt vom Stralsunder Krankenhaus stieß mit seinem Motorrad auf der Rückfahrt mit einem Rostocker Mietsauto zusammen. Das Auto überschlug sich und wurde stark beschädigt. Die Insassen kamen jedoch mit geringfügigen Verletzungen davon, dagegen wurde der Arzt sofort getötet.

Brandkatastrophe in Mazedonien.

In der Nähe der mazedonischen Stadt Priren ist das Dorf Suwareka fast völlig eingeäschert worden. 54 Häuser wurden ein Opfer der Flammen, in denen eine Frau umkam.

Eine Gebirgsbatterie gegen einen Räuber.

Bei Sedlarevo in Süd-Serbien spielte sich in den letzten Tagen ein aufregender Kampf zwischen einem erst 18jährigen, aber äußerst verwegenen Räuber und einem starken Gendarmerie-Aufgebot ab, das schließlich zur Unterstützung seiner Aktion eine Gebirgsbatterie heranziehen mußte. Die Gendarmen hatten den gefährlichen Räuber Genija Dautovitsch in Sedlarevo ausgeforscht und wollten seine Verhaftung vornehmen. Er eröffnete aber auf seine Verfolger ein heftiges Gewehrfeuer und entfloh in eine fast unzugängliche Waldschlucht. Dort hatte er sich bereits regelrecht verschanzt, als er entdeckt wurde. Am ersten Tage erschoß er zwei Gendarmen, die gegen sein Versteck vordringen wollten. Am nächsten Tage umzingelten stärkere Abteilungen seine Schlucht, aus der er ununterbrochen feuerte, ohne daß man seiner habhaft werden konnte. Selbst mehrere Handgranaten-Angriffe blieben erfolglos. Eine Gebirgsbatterie wurde requiriert, die sich aber wegen der Schwierigkeit im Terrain nicht einschießen konnte und endlich zurückgezogen wurde. Am dritten Tage wurde ein Generalsturm gemacht. Nachdem weitere fünf Gendarmen tot am Platze geblieben waren, fiel Dautovitsch einer explodierenden Handgranate zum Opfer. Der Räuber hatte sich in der Nacht noch ein Bravourstück geleistet, indem er zu den gefallenen Leichen hinauskroch und ihnen Waffen und Munition abnahm. Dautovitsch war einer der gefährlichsten Räuber Süd-Serbiens, obwohl er, wie erwähnt, erst 18 Jahre alt war. Seinem letzten Verzweiflungskampf fielen insgesamt neun Menschen zum Opfer, ebenso viel wurden erheblich verwundet.

Das Erdbeben in Armenien.

Wie berichtigend über Moskau gemeldet wird, sind bei dem Erdbeben in Armenien im Kreise Leninakan nicht 300 Personen getötet worden, sondern nur 30. Die Zahl der Verwundeten beträgt 300.

Amerikanischer Kaugummi-Verbrauch.

Die schon rein ästhetisch schauderhafte Unsitte des Gummikauens, der eine überaus geschickte, marktschreierische Reklame auch bei uns als einer Art Denkersatz den Weg geebnet hat, beginnt in Amerika, ihrer Heimat, zur Seuche auszuarten. Laut einer offiziellen Statistik des amerikanischen Handelsamtes wurden im Jahre 1925 nicht weniger als rund 47 Millionen Dollar für Kaugummi ausgegeben. Das bedeutet einen Konsum von rund einer Milliarde Päckchen zu je drei Stück Inhalt, so daß im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung der Vereinigten Staaten im Jahre 1925 etwa 24 Stück Gummi zerkaut wurden und in ihren Resten selbstverständlich das Pflaster verschmierten. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß sich in den USA. eine Antikaugummi-Bewegung aufgetan hat, die sich zumeist an gesundheitlichen und ästhetischen Gesichtspunkten orientiert und stetig an Boden gewinnt. Das ist einer der Gründe, die den erfolgreichsten Kaugummi-Fabrikanten bewogen haben, sein Produkt auch in Europa zu propagieren. Er ist außer in Deutschland damit überall ziemlich hereingefallen, aus welcher Tatsache Witzbolde für den geistigen Zustand der deutschen Kaugummi-Interessenten allerhand nützliche Schlüsse ziehen könnten.

Unsere Filiale Matthiasstraße 165, Ecke Kospothstraße,
eröffnen wir Freitag, 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr.
Kaufhaus Albert Ikenberg.
14060

Das Haus der
guten
Stapelqualitäten!

✱

Das Haus der
billigen Preise!

✱

Morgen Mittwoch:
Soweit Vorrat!
Riesige Gelegenheitsposten
Strümpfe

2000 Paar schwarze
Kinder-
Schulstrümpfe
1×1 gestrickt, pa. echt Mako-Qual., nur für das Alter von 7 bis 15 Jahren

Größe	6	7	8	9	10
Paar	75	85	95 Pf	1.05	1.15

Schwere, 1×1 gestrickte
Strapazierqualität

Größe	1	2	3	4	5
Paar	35	40	45	50	55 Pf
Größe	6	7	8	9	
Paar	60	65	70	75 Pf	

✱

Echt Mako 1×1 gestrickte, schwarze
Frauen-
Strümpfe
ganz besonders schwere Qual in allen Größen . . Paar **95** Pf

✱

Zirka 600 Paar
Damen-
Handschuhe
farbig Trikot mit 2 Druckknöpfen
Serie I Paar **95** Pf. Serie II Paar **75** Pf

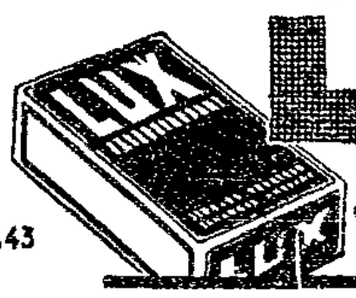
✱

Herren- 14088
Handschuhe
Trikot m. angerauhtem Futter farbig mit Druckknopf, Paar **1.25**

Bei Vorhängen mit Spitzenborte bügle man letztere zuerst!

Waschen Sie Vorhänge mit mehr als gewöhnlicher Sorgfalt; die zarten Fäden vertragen kein Reiben und scharfe Mittel. Der milde reiche LUX-Schaum löst schnell und behutsam allen Schmutz.
Ihre Wohnung lacht noch einmal so freundlich, wenn Ihre Gardinen mit LUX gewaschen sind.

Doppelgroße Packung 90 Pfg.
Normal-Packung 50 Pfg.



LUX
SEIFENFLOCKEN
„SUNLICHT" MANNHEIM

L43

... herzerquickend

Erst nach wochenlanger, sorglicher Sonderbehandlung des Urstoffes gewinnen wir den „echten Kathreiner" in immer gleichbleibender Edelgüte.

Bitte wenden Sie nun auch einige Minuten auf, um ihn richtig, nach der Kathreiner-Kochvorschrift, zu kochen. Ein Pfundpaket kostet nur 50 Pfg.

Stadttheater
Dienstag 8 Uhr:
„Rigoletto"
Mittwoch 8 Uhr
Abonnements-Vorstell. Serie B 5 14061
„Der Rosenkavalier"
Donnerstag 8 Uhr
Ein Maskenball.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 14053
Tel. Stephan 37 460
Täglich 8 Uhr:
Der ungewöhnlich große Operettenerfolg!
„Lady Hamilton"
Sonntag nachmittag 3½ Uhr
„Die leichte Isabell"

Lobe-Theater
Tel Ring 6774
Dienstag, Mittwoch, abends 8 Uhr:
„Tragödie der Jugend"

Thalia-Theater
Tel Ring 6700
Dienstag, Mittwoch, abends 8 Uhr:
„Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung"

Buchdruckerei Volkswacht
BRESLAU
Flurstraße 4/6.

Liebich-Theater
Tel Stephan 34646
Nur noch wenige Tage!
Kapt. H. W. Winston's Nymphen u. Seelöwen
und das auserlesene Oktober-Programm.
Billige Eintrittspreise von 0.50 Mk. an.
Jeden Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Familien- und Kinder-Vorstellung 14055
Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Circus Busch-
Gebäude, Luisenplatz
Heute u. tägl. 8 Uhr:
Sylvester
Schaeffer
und das fabelhafte
Circus-Programm
Volkstüml. Preis v. 50 Pf aufw.
Vorverk. Barasch u. Circuskasse

Leihweise elegante
Frack- Rock- und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister 14020
Bischofstraße 3.

Für Klischees
und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.
Verlag der Volkswacht

Kinderschutz-Verein für Schlesien
(Ortsgruppe Breslau) e. V.
Freitag, 5. November, abends 7½ Uhr pünktlich:
Bunter Abend
mit Tanz
zum Besten der Ortsgruppe des Kinderschutz-Vereins für Schlesien in den Räumen des Restaurants Friedeberg u. der Bonbonniere
Aufführungen * Buffets * Tanz * 2 Kapellen
Eintrittskarten zu 3.— Mk. einschl. Steuer bei Hainauer, Barasch und in der Geschäftsstelle des Vereins, Königstr. 7/9
Verw. Obert.-Get.-Präs. Vierhaus, Ex.
1. Vorsitzender 14097

Hagenbeck's
Holz-Circus-Bau
4908 mit Zentralheizung
Eröffnung
Freitag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr
Breslau, gegenüber der Jahrhunderthalle.

Benutze die Buchkarte!
Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von unermeßlichem Wert erwerben! Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5.

Direkt aus der **Fabrik**
ohne jeden Zwischenhandel liefern wir Meisterwerke der deutschen Destillierkunst in untenbezeichneten 5 Geschäften

Breslauer 35 %	Ltr. Mk.	**2.10**
96 % Monopol-Alkohol		**4.80**
Weinbrand-Verschnitt		**2.80**
Weinbrand 5.—, 4.—,		**3.50**
aus französischen Weinen		
Jamaika-Rum-Verschn. 5.—, 4.—, 3.50,		**3.00**
Liköre	per Liter	**3.00** Mark

Stonsdorfer, Rosen, Ingwer, Kümmel, Pfefferminz, Kirsche, Bergamotte usw.

Edel-Liköre per Liter **3.60**

Blut- und Goldorange, Sherry-Brandy, Goldwasser, Prünelle, Curaçao, Allasch Kakao, Abtei (Benediktiner) usw.

Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
Fabrik Höfchenstraße 48,
Blücherplatz 20, Michaelisstraße 3,
Klosterstraße 64, Leuthenstraße 10.

Chaiselongues, Matratzen, Sofas
neu u. Umarbeiten, Zimmer tapezieren, Linoleum legen
P. Rademacher, Tapezierer Frankensteiner Straße 16.
14095 Postkarte genügt, komme ins Haus.

Sie sparen viel Geld
wenn Sie Ihre
Herren-Bekleidung
Anzüge 14019
Winter-Mäntel
direkt und ohne jeden Zwischenhandel gegen bar oder bequeme
Teilzahlung
bei kleiner Anzahlung bei mir kaufen.
Ware wird bei genügendem Ausweis sofort mitgegeben
Rob. Hänel
Herrenkleiderfabrik
Katharinenstraße 9, I. Etage

Mußte es sein?
Ein Buch, das jeden interessiert!
100 Jahre Eisenbahnunfall
Billig im Preise, kartoniert 1.00 Mark
Packend in der bilderreichen Ausstattung!
Mitreißend in der instruktiven Schreibweise!
Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.
Versandt gegen Voreinsendung von 1.10 Mk.

Douglas **Fairbanks**
im Promenaden-Theater 14098
Sein großer Erfolg bei täglich ausverkauftem Haus!
Das Zeichen des Zorro
Ferner als zweite Uraufführung der besonders anziehende Film:
Jagden u. Abenteuer in d. Eisregion
unter dem früheren U-Bootkommandanten C. T. Schmidt.
Jugendliche haben zu halbem Preise Zutritt. Tägl. 5, 7, 9 Uhr

---

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt"
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer, für die Anzeigen: Max Tedus. — Redaktion: Gräbschener Straße 3. — Hauptgeschäftsstelle: Gräbschener Straße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26 Oktober

Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie.

Für die Wirtschaftspolitik stellt unsere Partei folgende Programmforderungen auf:

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energie-Erzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraustausches und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profites gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

* * *

Der grundsätzliche Teil unseres Programms enthält in großen Zügen eine kritische Darstellung der Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise und läßt dabei die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen erkennen, die sich daraus ergeben. Die sozialistische Produktionsweise hat die Aufgabe, die Produktion in Ausgleich zu bringen mit Bedarf und Verbrauch der Gesellschaft. Hier muß jeder Sozialist sein Bestes leisten, und zwar in seiner Genossenschaft, die dafür in Frage kommt. Die Genossenschaften sind die Zellen der Bedarfsregelung der Zukunft. Werde Sozialdemokrat, damit du an dieser Entwickelung bewußten Anteil nehmen kannst. Hinein in die Sozialdemokratische Partei!

Arbeitsnachweis.

Hunderte kommen und gehen. Hunderte tragen die gleiche Karte, den gleichen Stempel, das gleiche Aussehen, den gleichen Hunger, die gleiche Sehnsucht: Arbeit!

Stumm aber blicken die Wände in dem Raum der Verzweifelten. Vereinzelt flackert ein Fünkchen von Hoffnung. Eine Karte zittert und die Seele einer alten Mutter jubelt vor Freude. Arbeit! Arbeit! Aufwartung. Drei Mark und das Essen für sieben Tage! O, wie unendlich weitet sich der Raum. Die Pfennige in ihrem Beutel klappern vor Seligkeit.

Wieder öffnen sich die Türen.

Zwei Kinder, 17 Jahre, Geschwister der Arbeit, treten zum Schalter. In ihrem Herzen pocht die Erwartung. Personen unter 18 Jahren erhalten keine Unterstützung

Personen unter 18 Jahren erhalten keine Arbeit.

Personen unter 18 Jahren haben kein Recht zum Leben.

Personen unter 18 Jahren haben eine alte Mutter, sieben kleine Geschwister, einen kranken Vater.

Die Augen der Kinder beginnen zu weinen, aber die Schalter werden geschlossen von den starren Händen des Gesetzes.

Hunderte kommen und gehen. Hunderte tragen die eine Sehnsucht:

Arbeit!

5 Minuten genügen,

um kostenlos in den Besitz der Geschichte eines Selbstmörders zu kommen. Was in den 5 Minuten zu tun ist, steht im Oktoberheft des Bücherkreises. Auskunft auch in der Volkswachtbuchhandlung, Neue Graupenstraße 5. Die „Geschichte eines Selbstmörders" heißt Unus Multorum und ist von Josef Maria Frank geschrieben.

Pfarrer Franckes gestrige Versammlung

mit dem Thema „Christentum und Sozialismus" bedeutete für den „Bund religiöser Sozialisten" einen erfolgreichen Auftakt seiner Breslauer Arbeit. Der sittliche Ernst des ausgezeichneten parteigenössischen Berliner Geistlichen machte auch auf diejenigen einen tiefen Eindruck, die manche der von ihm aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen anders beantworten als er selbst. Eine sehr ausgedehnte Diskussion, in der auch der Standpunkt der sozialistischen Freidenker sowie das Recht einer von der christlichen Ueberlieferung unabhängigen Religiosität teilweise besonders klar und würdig vertreten wurden, hielt die sehr gut besuchte Versammlung bis gegen Mitternacht zusammen und gestaltete sie zu einer Stätte wirklichen geistigen Ringens um die letzten Weltanschauungsfragen. Wir kommen auf diese Auseinandersetzung noch zurück und verweisen vorläufig auf die heutige Versammlung des Genossen Francke über „Krieg und Christentum" („Vier Jahreszeiten").

Erste Hilfe in Schnell- und Personenzügen.

Die der Personenbeförderung dienenden Züge der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft führen im Packwagen (Schutzwagen) einen Rettungskasten mit, der bei Unfällen, wo Reisende verletzt werden, zur Anlegung von Notverbänden, durch die dazu ausgebildeten Zugpersonale, die erforderlichen Verbandmitteln enthält, um schnell Hilfe zu leisten. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat nun neuerdings beschlossen, auch sämtliche D-Zugwagen mit Verbandkästen auszurüsten, die in besonderen Schränkchen, mit dem Genfer Kreuz gekennzeichnet, im Seitengang der Wagen untergebracht werden sollen. Nach ihrer Fertigstellung wird man die Verbandkästen so schnell wie möglich in sämtlichen 4200 D-Wagen einbauen. Durch diese Einrichtung wird zweifellos eine bedeutende Verbesserung des Rettungswesens erzielt werden. Um einer mißbräuchlichen Benützung der Verbandmittel vorzubeugen, sollen die Schränkchen für die Verbandkästen mit einer Glasscheibe abgeschlossen werden, die zertrümmert werden muß, um die Schränkchen zu öffnen. Bei leichten Verletzungen, die den Reisenden während der Fahrt zustoßen, darf der Inhalt dieser Verbandkästen nicht benützt werden. Für solche Fälle sind die Verbandmittel der im Packwagen befindlichen Rettungskästen vorgesehen. In einem solchen Falle müssen sich die Reisenden an das Zugbegleitungspersonal wenden.

Eine Tat der Solidarität!

Schöne Worte machen es nicht — Taten wollen wir sehen! Das hört man so sehr oft, und wie oft mit Recht! Sozialisten der Tat brauchen wir, ganz besonders in der Erziehung, in der Schule wird leider noch gar zu viel nur mit Worten erzogen, es fehlen die Taten, die Beispiele. Nur diese reißen hin, nur diese erziehen fürs Leben, für die Zukunft, und das ist für uns die werdende, die neue Gesellschaft!

Wie man das zu machen hat, dafür hat die Freie Elternschaft, die weltliche Schule, in Sandberg in voriger Woche ein schönes Beispiel gegeben.

Die Elternschaft von Sandberg einem Vorort von Salzbrunn, bestehend aus dem Berg- und Industrieproletariat, selbst oft in bitterster Not lebend, hat es fertig bekommen, die Kinder, die Ostern 1927 aus der Sammelschule 1 in Breslau entlassen werden, zu sich einzuladen, um das Waldenburger Bergland kennen zu lernen.

Gern folgten unsere Kinder diesem Rufe und am Donnerstag morgen wurde die Reise angetreten. In Freiburg angelangt, empfing uns Kollege und Genosse Helbig aus Sandberg und übernahm die Führung nach und durch den Fürstensteiner Grund. Da gab es ein Staunen, ein Sehen, eine helle Freude. Dann gings nach Sandberg. Um 2½ Uhr nachmittags kamen wir dort müde an.

In der Turnhalle erwarteten uns die Eltern und Kinder der dortigen Schule. Hier wurde eingeteilt, Quartiere ausgegeben, was Kollege und Genosse Fleischer glänzend vorbereitet hatte. Da gabs Freude, wenn man eins unserer Burschen oder Mädels ermischt hatte und traurige Gesichter bei denen, die keins erhielten. Viel mehr Kinder hätten sein müssen, wenn alle Gastfreunde hätten befriedigt sein wollen.

Dann gings ins Quartier und wir drei Begleiter waren frei — etwas sehr, sehr Wertvolles auf solchen Reisen. Unsere

„Die Arbeit der Sozialdemokraten im Rathaus."

Darüber spricht Stadtverordnete Genossin **Thomas-Franz** in einer

Versammlung arbeitsloser Frauen und Mädchen

am Mittwoch, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.

Kinder lernten jetzt Menschen und Kameraden kennen und wir das Kollegium der Sandberger weltlichen Schule. Hier sah und merkte man den Geist von Kampf und Begeisterung beseelt. Genosse Helbig zeigte sich wieder einmal als ein glänzender Organisator.

Am nächsten Morgen — Freitag — fuhren wir mit den Kindern der Oberklasse von Sandberg nach Fellhammer. Dort besuchten wir die weltliche Schule. In einer Klasse, deren Lehrer — Genosse Spiller — abwesend war, sahen und hörten wir geradezu Vorbildliches. Die Kinder dirigierten selbst die schwierigsten Lieder und sangen ausgezeichnet. Sehr hübsch waren die Leistungen von fünf Schülern im Kasperletheater. Nach einer guten Stunde wurde dankend und herzlich Abschied genommen. Jetzt begann der große Marsch durch den schönsten Teil des Waldenburger Berglandes. O, wie hat da manches Großstadtkind gestöhnt, doch es wurde geschafft. Um 12 Uhr waren wir in dem lieblichen Tal von Görbersdorf. Nach 1½stündiger Rast und erfolgter Stärkung gings weiter. Nach manchem Berg und Tal kamen wir um 5½ Uhr in Dittersbach an. Von hier aus fuhr alles mit einem elektrischen Sonderwagen in die Quartiere. Hier essen, trinken und dann schlafen, war eins.

Auf Wunsch der Kinder wurde Sonnabend nicht geschlossen gewandert, sondern die Eltern und dortigen Kinder zeigten ihnen, was sie selbst für am besten hielten. Hier wurden jetzt Freundschaften geschlossen. Jetzt entstand die engere Verbindung. Wenn es nach den Sandbergern gegangen wäre, dann wären wir erst Sonntag zurückgekommen. Doch das ging nicht.

Um 6 Uhr war alles in der Turnhalle versammelt. Nach aufrichtigen Abschiedsworten gings nach dem Bahnhof Nieder-Salzbrunn. Hier fanden rührende Szenen des Abschieds statt. Unsere Kinder waren einstimmig des Lobes voll über ihre Wirte. Mehr oder weniger beschenkt, eingeladen für später, trennten wir uns. Um 9.25 Uhr kamen wir glücklich in Breslau wieder an. Nun, Ihr Sandberger, Ihr prachtvollen Vorkämpfer unserer Idee, habt Dank, habt herzlichen Dank von uns allen! Lange, lange wird unsere Jugend an diese schönen Tage zurückdenken. Ihr seid Sozialisten der Tat!

Dank auch Euch, aus tiefstem Herzen, Ihr Lehrergenossen, Ihr gabt ein herrliches Beispiel von Solidarität. Auch meinen beiden Begleitern, Genossin Schenke und Genosse Weinert, sei an dieser Stelle heiß gedankt.

Und nun Ihr Eltern und Kinder von Sandberg! Schon jetzt laden wir Euch für den nächsten Sommer nach Breslau ein. Ihr seid uns herzlich willkommen.

Zum Schluß richte ich den Ruf an alle Freunde und Lehrer der „Weltlichen Schule": Seht Ihr, das war Sozialismus der Tat! Versuchts, machts nach, das große Werk, es muß gelingen!

J. Gabriel.

Java, die Perle der malaiischen Inseln,

wird am morgigen Mittwoch, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses als Lichtbildvortrag des Genossen Professor Winkler eine gute Unterhaltung bieten. Der billige Eintrittspreis von 30 Pf. ermöglicht jedem Arbeiter und Angestellten den Besuch. Erwerbslose SPD.- sowie Gewerkschaftsmitglieder haben nach Vorzeigung der Erwerbslosenkarte Eintritt zum halben Preise. Karten sind noch in den bekannten Stellung und an der Kasse erhältlich.

Der Bildungsausschuß der Breslauer Arbeiterschaft.

Der schienenlose Zug,

der nach seiner Reise um die Welt, die in 1½ Jahren durch die Vereinigten Staaten, Kanada, England, Holland und Belgien führte, am 20. September an der deutschen Grenze in Aachen übernommen wurde, nach Berlin und Hamburg und von dort über Bremen, Kiel, Lübeck, Rostock, Stralsund, Stettin, nach Frankfurt an der Oder fuhr, wird am heutigen Dienstag gegen 2½ Uhr, in Breslau, Frankfurter Straße, eintreffen und eine Rundfahrt durch die Straßen von Breslau machen. Er hält um 3 Uhr am Dominikanerplatz, um 3,15 Uhr vor dem Kristallpalast, um 4 Uhr vor dem Ufatheater und fährt dann über den Schloßplatz, wo er nochmals hält, in die Garage. Mittwoch, 8 Uhr vormittags, wird er seine Fahrt über Görlitz nach Dresden fortsetzen.

Die jugendlichen Erwerbslosen Breslaus.

Zu diesem Artikel in Nr. 248 der „Volkswacht" vom 23. Oktober schreibt uns Herr v. Hoerner, Leiter des Jugendamts:

Wenn von mir in dem Bestreben, den jugendlichen Erwerbslosen nicht nur eine theoretische Ausbildung zuteil werden zu lassen, sondern sie auch mit praktischer Arbeit zu beschäftigen, u. a. auch der Plan erwogen worden ist, in Gemeinschaft mit den Innungen Werkkurse einzurichten, so handelt es sich hierbei zunächst nur um einen Plan. Ehe an die Durchführung in dem einen oder anderen Sinne wird herangetreten werden können, wird es selbstverständlich notwendig sein, die verschiedensten Interessenvertretungen und auch die städtischen Körperschaften zu hören. Es läßt sich daher zurzeit noch nichts Abschließendes hierüber sagen. Der erwähnte Artikel von mir war in erster Reihe auch nur dazu bestimmt, anregend zu wirken und den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, sich zu der Frage zu äußern. Ich habe es daher freudig begrüßt, daß in der „Volkswacht" von gut unterrichteter Seite zu der Frage Stellung genommen worden ist, und nehme gern die Gelegenheit wahr, um zu betonen, daß selbstverständlich mein Plan nicht dazu führen soll, der Arbeiterschaft Konkurrenz zu machen in dem Sinne etwa, daß an Stelle von noch beschäftigten Arbeitern Erwerbslose eingestellt werden. Eine solche „Lösung" der Frage wäre selbstverständlich keine. Denn wenn einem Teil der jugendlichen Erwerbslosen nur dadurch Arbeit beschafft werden könnte, daß andere Personen, die bereits in Arbeit stehen, entlassen werden, so wäre der Sache dadurch nicht gedient. Für unüberwindlich halte ich die Schwierigkeiten nicht. Ihrer Herr zu werden, wird es freilich des guten Willens aller Beteiligten bedürfen. Jedenfalls wird man sich auf die Dauer nicht damit begnügen können, den erwerbslosen Burschen lediglich eine theoretische Ausbildung zu geben, deren Wert zwar nicht unterschätzt werden soll, die aber doch wirklicher praktischer Arbeit nicht gleichgestellt werden kann.

Der Bund erwerbsloser Angestellter,

der kürzlich hier gegründet wurde, hielt Montag abend im Vincenzhause eine Versammlung ab. Bauführer Hauschild hielt einen Vortrag mit Lichtbildern über die Frage: „Wie kommen wir der Lösung der Arbeitsbeschaffung näher?" Der Redner machte dabei eine Rechnung auf, die zwar an der Leinwand stimmte, aber nicht viel praktische Aussicht auf Erfolg hat. Einmal will er daß in Breslau 3000 Doppelbeschäftigte aus der gleichen Familie entlassen werden. Dafür sollen 3000 Erwerbslose beschäftigt werden, und die so ersparten Unterstützungen usw. sollen zur Belebung der Wirtschaft benützt werden. Leider hörten wir nichts darüber, wie die Unternehmer dazu erzogen werden sollen, Löhne zu zahlen, daß ein Familienvater auch Frau und Kinder allein ernähren kann. Der zweite Vorschlag ging auf Beseitigung der Ueberstunden. In Breslau würden täglich 3000 Ueberstunden gemacht, wofür 375 Erwerbslose Arbeit finden könnten. Auch hier wären die ersparten Unterstützungen usw. zur Belebung der Wirtschaft zu benützen. Sehr schön und sehr einverstanden, nur fehlte der Hinweis auf die Gewerkschaften, die hier ganz allein Wandel schaffen können, der Bund der erwerbslosen Angestellten wird selbst wenig ausrichten. Drittens wandte sich der Redner, und zwar auch mit Recht, gegen Unternehmer, die Arbeitskräfte beschäftigen, die zugleich stempeln gehen. Sie tun es, um an ihnen Lohn zu sparen. Dann will der Redner als viertes Mittel den Zuzug nach Breslau gesperrt haben und schließlich will man durch Sammlung eines Siedlungsfonds bei den Arbeitgebern selbst etwas zur Belebung der Wirtschaft tun. Wenn man zwei Millionen gesammelt hat, wird man vom Magistrat weitere Darlehen erhalten. Wir fürchten auch hier, daß es sehr lange dauern wird, ehe man von den Arbeitgebern einen beträchtlichen Fonds herausgeholt haben wird.

Der Vortrag wirkte durch den sachlichen Ernst sehr sympathisch, aber man sieht, daß hier Leute beisammen sind, die zum ersten Male ihre Erfahrungen mit dem wahren Wesen der kapitalistischen Wirtschaft machen. So sprechen sie noch von der Wiederaufrichtung des kleinen Gewerbes, statt davon daß die kapitalistischen Riesenbetriebe in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden müssen. Wir können auch die erwerbslosen Angestellten nur auf die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei verweisen. Für sich allein werden sie kaum viel ausrichten können.

Besichtigung des Krematoriums.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung hatte am Sonntag mit der organisierten Besichtigung des Krematoriums durch die Gewerkschaften begonnen. Trotz strömenden Regens fanden sich über 80 Arbeitnehmer der Brauerei Kipke ein, zu denen sich noch etwa 30 Privatpersonen gesellten. Geschäftsführer Pietsch hielt nach einleitendem Harmoniumspiel eine zusammengedrängte Rede über die Feuerbestattung, die gesetzlichen Bestimmungen, den Bau selbst und über die Tätigkeit seiner Organisation. Hierauf wurde die Einführung des Sarges gezeigt. In Gruppen von 20 bis 25 Personen wurden die Anwesenden durch alle Räume geführt, und die technische Einrichtung, sachlich erläutert durch den Heizer, in Augenschein genommen. Die Anwesenden dürften hochbefriedigt, nach ihren eigenen Aeußerungen, die Anstalt verlassen haben. Zweifellos hat die Feuerbestattung neue Freunde, der Verein neue Mitglieder gewonnen.

Die so erlangten Kenntnisse werden sich in Zukunft auch noch nach einer anderen Richtung hin auswirken. In den ersten Monaten fanden sich bei den Trauerfeiern oftmals Neugierige ein, die durch ihr Benehmen Anlaß zu Beschwerden gaben. Mit einer Zigarre im Munde sollte man die Trauerfeierhalle nicht betreten; noch weniger mit Gartenwerkzeug zur Grabpflege und dabei eine Vesperstulle in der Hand haltend. Das Aufsteigen auf die Bänke mag sich bei Sportfesten noch durch Begeisterung erklären lassen, im Krematorium ist es eine Offenbarung von Würdelosigkeit, die nur durch Dummheit zu erklären ist. Es ist nur zu wünschen daß sich die Bevölkerung so viel wie möglich Kenntnisse über die Feuerbestattung verschafft, damit diese tatsächlich vorgekommenen Fälle sich nicht wiederholen. Die Freunde der Feuerbestattung tun gut, auf solche Außenseiter zu achten und den Dienern der Anstalt sofort von ihren Wahrnehmungen Mitteilung zu machen.

Wurstauto und Würstelmutter.

Als eine Neuheit im abendlichen Straßenverkehr Breslaus zeigt sich seit kurzem auf dem Tauentzienplatz ein Wurstauto. Das Wurstauto fährt auf Messen und Märkte und da augenblicklich keine stattfinden, schlägt es bis auf weiteres auf dem Tauentzienplatze allabendlich seinen Verkaufsstand auf. Ein gleichartiges Wurstauto soll noch in Magdeburg existieren, jedoch noch nicht in Berlin. Beim Anblick des Wurstautos denkt man unwillkürlich an die „Würstelmutter" der Vorkriegszeit auf dem Ringe. Ihr Stand war nur ein schlichter Kinderwagen, in dem der Wurstkessel stand. Oft war die Würstelmutter die Zielscheibe allerhand Ulkes, besonders seitens der Studenten. Am meisten wurde der Würstelmutter in der Silvesternacht mitgespielt, und sie mußte in dieser Nacht der ungebundenen Lustigkeit zu so manchem derben Spaß gute Miene machen. Nun ist das moderne Wurstauto an ihre Stelle getreten. Die Zeiten ändern sich eben.

Aus der Schieberzeit.

Die Jahre, in denen Lebensmittel rationiert wurden, sind noch in aller Erinnerung; auch der damals auftretenden Schieber erinnert man sich noch mit Grauen. Während das Volk mit der ihm zugewiesenen Ration haushalten mußte, konnten diejenigen, die über reichlich Geld verfügten, hintenherum alles kaufen. In diese Zeit zurück führte ein Prozeß, der am Freitag vor dem

Großen Schöffengericht stattfand. Angeklagt war der 48 Jahre alte „Gutsbesitzer" Max Nitsche. Der Angeklagte soll im Jahre 1918 einen hiesigen Kaufmann, dem er Zucker besorgen sollte, um 7000 Mark betrogen haben. Das Geld hatte er in Empfang genommen, hatte dann aber nichts mehr von sich hören lassen. Er erzählt, er habe tatsächlich auch den Zucker gehabt, doch sei er ihm von der Provinzial-Zuckerstelle beschlagnahmt worden! Er habe in Fröbel 20 Ballen Zucker für 8000 Mark gekauft und habe dafür die entsprechenden Zuckermarken abgegeben. Bei der Nachprüfung habe es sich herausgestellt, daß die Marken gefälscht waren, deshalb sei ihm der Zucker beschlagnahmt worden. Auffallend war aber doch daß er den Kaufmann, der auf den Zucker wartete mit keiner Silbe benachrichtigt hatte. Auch ist er kein unbeschriebenes Blatt mehr Seit 1908 hat er etwa 16 Vorstrafen erlitten, vornehmlich wegen Betruges, und zwar wurde er nicht nur in Breslau, sondern auch in Berlin, Lüben, Grünberg, Lauban und Waldenburg bestraft. Auch gegenwärtig verbüßt er eine Gefängnisstrafe wegen Betruges. Inzwischen ist er auch auf seinen Geisteszustand untersucht worden, doch nach dem Sachverständigengutachten ist er für seine Straftaten durchaus verantwortlich zu machen. Das Gericht erkannte gegen ihn auf eine Zusatzstrafe von drei Monaten, die durch die Untersuchungshaft verbüßt ist.

Die Mittelschule und die werktätige Bevölkerung.

Ein parteigenössischer Schulmann schreibt uns:

Mittwoch abend fand im großen Saal der Hermannloge eine Versammlung statt die sich mit der Bedeutung der Mittelschule für die heimische Wirtschaft befaßte. Ich habe nicht die Absicht, einen genauen Bericht zu geben, möchte aber zur allgemeinen Orientierung folgendes sagen:

Wir haben in Breslau ein in den letzten Jahrzehnten emporgeblühtes Mittelschulwesen, das sieben Mädchen- und drei Knabenmittelschulen mit 6000 Schülern zählt; das sind soviel Schüler, wie alle städtischen Lyzeen und Oberlyzeen, Real- und Oberrealschulen und die verschiedenen Arten der Gymnasien zusammen in sich fassen.

Die Mittelschule baut sich in sechs Jahresklassen auf der vierjährigen Grundschule auf. Darin stimmt sie mit Lyzeen und Realschulen überein. Den Kern des Unterrichts bilden Deutsch, Mathematik, neue Sprachen und Naturkunde. Das Schuldeld beträgt augenblicklich für das ganze Jahre 72 Mark (an höheren Schulen 200 Mark). Für begabte Schüler unbemittelter Eltern gibt es halbe oder ganze Freischule und Freibücher.

Zur Geschichte der Mittelschule ist kurz zu sagen, daß sie ein Kind der Handel, Gewerbe und Industrie treibenden Groß- und Mittelstädte ist. Aus den Notwendigkeiten des Lebens herausgewachsen stellt sie sich ganz auf seine Bedürfnisse ein und lehnt alle wissenschaftlichen und weltfremden Tendenzen ab. Darum ist die Mittelschule eine Sache, die die werktätige Bevölkerung sehr viel angeht!

Die große Masse fühlt im täglichen wirtschaftlichen Ringen, im Kampf ums Dasein oft peinlich den Mangel einer weitergehenden Schulbildung. Die Volksschule hat den besten Willen und macht große Anstrengungen, um mit den wachsenden Ansprüchen der Wirtschaft gleichen Schritt zu halten. Wir wünschen ihr den besten Erfolg. Aber sie wird in inneren und äußeren Hemmungen, in der kurzen Schuldauer und in vielen anderen Dingen, die jeder praktische Schulmann kennt, leider allzufrüh ihre Grenzen finden.

Hier greift die Mittelschule ein; aber nicht als Gegner oder Widersacher, sondern als helfender Freund. Im Schoße der Volksschule verankert reckt sie sich wie ein emporstrebender Ast nach weiteren Zielen.

Die Städte haben in der letzten Zeit manche Rechte eingebüßt; auch auf dem Gebiet der Schule. Aber die Mittelschule ist ihnen geblieben! Hier kann der Staat nur wenig hineinreden. Das ist wichtig für uns; denn in den Großstädten haben wir einen starken sozialistischen Einfluß oder gar entscheidende Mehrheiten. Darum sind wir in der Lage, die weitere Gestaltung und das Schicksal der Mittelschule mitzubestimmen. Wir müssen uns aufraffen zu einer aktiven und fruchtbaren Mittelschulpolitik. Denn schon heute geben die Kreise der Werkmeister und gelernten Arbeiter, der Unterbeamten und Angestellten, der kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute zu 90 Prozent das Schülermaterial für die Mittelschule her. Gerade diejenigen, welche die Forderungen unserer heutigen Wirtschaft täglich schauen, möchten ihren Kindern ein gutes, geistiges Rüstzeug als einzige noch mögliche Mitgift fürs Leben verschaffen. Sie sparen sich das Schulgeld für ihre Kinder am eigenen Munde ab.

Die Allgemeinheit sollte hier helfend eingreifen. Sie hat ein ökonomisches Interesse an der Entwicklung aller Begabungen und Kräfte. Sie hat in der Verfassung den Aufstieg der Tüchtigen unabhängig vom Geldbeutel des Vaters versprochen. Aber was sind Versprechungen und Paragraphen? Alles will erkämpft und erzwungen werden.

Der Bildungswille der werktätigen Masse muß sich die Bahn öffnen. Denn der Weg zur Macht führt über eine gute Schulbildung. Und nur der geistig Ueberlegene kann Führer und Herrscher sein. Angeborene Fähigkeiten bedeuten sehr viel; aber erst eine gute Schule läßt und entwickelt sie. Hier kann kein Programm, kein Rezept einen allein selig machenden Weg verzeichnen. Ein starker Kulturwille spürt überall Lücken auf und schlägt Breschen, um vorzudrängen.

Man verbindet viele Hoffnungen mit der Aufbauschule, die wir mit allen Kräften pflegen wollen. Aber die höheren Kosten und die bis ans zwanzigste Jahr reichende Ausbildungszeit sind schwere Hindernisse, die nur mit Hilfe der Allgemeinheit überwunden werden können. Und diese stellt sich taub.

Die Mittelschule ist der kleinere und leichtere Schritt. Sechs Mark Schulgeld im Monat ist nicht viel. Und doch zuviel für Arbeitslose, Kriegsbeschädigte, Kinderreiche, Kurzarbeiter und Schlechtbesoldete. Hier muß die Freischule helfen. Der Prozentsatz an Freistellen muß möglichst hochgehalten werden und sich bei Schulgelderhöhungen automatisch vergrößern. Aber die Freischule darf nicht nur — wie es jetzt der Fall ist — angewendet werden, um arme Schüler in der Mittelschule festzuhalten. Einen großen sozialen Anstrich bekommt sie erst, wenn sie auch den Eintritt in die Mittelschule ermöglicht. Man sagt: Das Kind soll sich erst in der Mittelschule bewähren. Das mag harmlos, sogar sachmännisch klingen. In Wirklichkeit werden dadurch begabte Kinder zahlungsunfähiger Eltern grundsätzlich ferngehalten. In diesem Punkte muß die Zukunft kräftig aufräumen.

Das ist nicht gegen das Elternrecht. Die Eltern zahlen etwa ein Drittel, die Allgemeinheit bringt zwei Drittel der Mittelschulkosten auf. Darum darf sie auch ein Wörtchen mitreden. Sie hat ein Interesse daran, ihr Geld so zu verwenden, wie es die höchsten Zinsen bringt, d. h. zugunsten der wirklich begabten Kinder, ganz gleich, woher es kommt.

Die werktätige Bevölkerung bringt in der Hauptsache die Mittel auf; darum und aus vielen anderen Gründen hat sie ein Anrecht auf die Mittelschule. Wir werden uns in Zukunft mehr als bisher um sie kümmern müssen. In kurzer Zeit sollen hier Ausführungen folgen, welche unser Breslauer Mittelschulwesen kritisch beleuchten und Fingerzeige für die Zukunft geben sollen.

---

* **Was gedenkt der Magistrat zu tun?** Zu diesem Eingesandt in Nr. 221 der „Volkswacht" vom 22. September, in dem die fehlende Beleuchtung von der Helmuthstraße bis zur Strehlener Straße 41 bemängelt wird, teilt uns die zuständige Stelle jetzt mit, daß inzwischen sechs Gaskandelaber aufgestellt und am 16. Oktober in Betrieb genommen worden sind.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

Distriktsführer! Schriftführer!

Auch diesen Monat müssen wir wieder mahnen wegen Versammlungsberichten, und zwar von den Distrikten 6, 20, 24, 25, 37, 42. Die Berichte müssen sofort nach dem Sekretariat gebracht werden.

Die Berichte von der Werbewoche müssen fertiggestellt und sobald als möglich abgeliefert werden. Kein Distrikt darf das versäumen.

Alle in der Werbewoche gemachten Aufnahmen für Partei und Presse sind dem Distriktsführer des zuständigen Distrikts zu melden, damit das im Berichtsformular vermerkt werden kann.

Achtung, Distriktsführer, Bezirkskassierer, Abteilungsleiter und Revisoren!

Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7½ Uhr, Versammlung sämtlicher Distriktsführer, Bezirkskassierer, Abteilungsleiter und Revisoren im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Ohne genügende Entschuldigung darf keiner fehlen. Mitgliedsbücher mitbringen, ohne Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte kein Einlaß.

Die Distriktsführer rechnen bis Mittwoch im Büro ab.

Ehrentafel für Parteimitglieder.

Bei der Parteiarbeit zur Werbewoche haben sich ganz besonders hervorgetan und sind durch sie neu gewonnen worden:

Genossin Franz-Thomas 10 Parteimitglieder, 1 Volkswachtleser, 1 Vorwärtsleser.
Genosse Thamm 7 Parteimitglieder.
Genosse Klose 8 Parteimitglieder.
Genosse Rademacher 10 Volkswachtleser.
Distrikt 17, bisheriges Resultat: 17 Parteimitglieder, 8 Volkswachtleser.
Distrikt 24. Teilergebnis: 8 Parteimitglieder, 8 Volkswachtleser.

Genossinnen und Genossen! Noch darf nicht nachgelassen werden mit der Agitation. Was zu erreichen ist bei genügender Vorarbeit zeigt obiges Resultat. Es werden weitere Veröffentlichungen folgen. Welcher Distrikt, welcher Genosse wird der Beste sein?

An die Distriktsführer. Die anläßlich der Reichswerbewoche ausgegebenen Berichtsformulare sind heut im Parteisekretariat ausgefüllt zurückzugeben.

Distrikt 10 und 11. Mittwoch, den 27. Oktober, abends ½8 Uhr, findet für unsere Mitglieder eine Besichtigung der „Vorwärts"-Bäckerei statt. Gäste und Freunde, die an der Arbeiter-Konsumbewegung Interesse haben, können mit teilnehmen. Treffpunkt: am Zentrallager des Konsums, Tauentzienstraße 127.

Distrikt 19. Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7½ Uhr, bei Krause, Neue Weltgasse, wichtige Funktionär- und Komitee-Sitzung. Es wird erwartet, daß sämtliche Funktionäre anwesend sind.

Der Frauenbildungskursus für weibliche Funktionäre, der am 28., 29. und 30. Oktober stattfinden sollte, muß wegen Behinderung des Referenten vorläufig ausfallen. Näherer Bescheid später.

Jungsozialisten. Heute abend 8 Uhr wichtige Funktionärversammlung mit der A.J. im Gewerkschaftshause. Alle Ausschußmitglieder und Funktionäre haben zu erscheinen. — Morgen abend Vorstadt-Arbeitsgemeinschaften. Margaretenschule, Tauentzienstraße. Leiter: Genosse Fellen. „Das Weltbild des modernen Arbeiters." — Bender-Oberrealschule, Lehmdamm. Leiter: Genosse Dr. Eckstein. „Parteigeschichte." — Posener Schule, Posener Straße. Leiter: Genosse Otto Wolf. „Das Weltbild des modernen Arbeiters."

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Ortsverein. Am Freitag, den 29. Oktober, findet abends 8 Uhr eine vom Gauvorstand einberufene öffentliche Versammlung im großen Saale des Konzerthauses statt, in welcher unser Kamerad, Reichsausschußmitglied und Landtagsabgeordneter Kuttner-Berlin über das Thema: „Justiz und Republik" spricht. Die Kameraden haben unter Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte freien Eintritt. Ein gemeinsamer Anmarsch erfolgt nicht. Es gilt, flammenden Protest zu erheben gegen die oft offenkundige republikfeindliche Rechtsprechung. Einer sagt es dem andern und sorgt dadurch für Massenbesuch. Plakatanschläge beachten.

Sämtliche Fahnen des Ortsvereins, die Abteilungskapellen, sowie von jedem Banner eine uniformierte Gruppe stehen Freitag, abends 7,20 Uhr, pünktlich am Museumplatz, Landgerichtsseite. Spitze Neubau Polizeipräsidium.

Die aktiven Kameraden der Banner 3, 7 und 11 versammeln sich am Donnerstag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, in der Reichturnhalle (Siebenhufener Straße, Ecke Reichstraße) zu einer ganz wichtigen kurzen Besprechung. Die Führer vorgenannter Banner sind gleichfalls zur Stelle. Kein aktiver Kamerad darf fehlen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Z.d.A.-Jugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, Lichtbildervortrag: „Unser Reichsjugendtag in Bielefeld". Jugendfreunde, erscheint recht zahlreich! Ebenso werden die Karten für die Volksbühnen-Mitglieder ausgegeben. — Donnerstag, den 28. Oktober, gehen alle Mädels unserer Gruppe ins Heim 2, Anderssenstraße 58/62, zum Mädchenabend. (Leiterin: Genossin Toni Simmel.) Alle Burschen kommen ins Heim 1, Taschenstraße 31, zum Burschenabend zusammen. Der für Ende dieser Woche angesetzte Haßler-Kursus findet nicht statt.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Heute abend um 8 Uhr Funktionärsitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12. Jeder Funktionär muß unbedingt anwesend sein.

Aelteren-Gruppe Odertor. Mittwoch abend, Beginn 8 Uhr: „Das Weltbild des modernen Arbeiters." Referent: Erich Weyl. Ort: Odertorschule.

Aelteren-Gruppe Nikolaitor. Mittwoch abend, Krischkeschule, 8 Uhr: „Volks- oder Arbeiterbildung". Lehrer Schirdewan.

Heim 3 und 14. Mittwoch findet unser Heimabend gemeinsam in der Benderschule statt. Wir müssen wegen unserer Feier alle pünktlich und bestimmt erscheinen.

Heim 9. Unser Heimabend findet nicht Freitag, sondern Donnerstag statt. Alles ist Punkt 8 Uhr in der Odertorschule.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Ueber England ist es zur Ausbildung einer außerordentlich intensiven Störung (53 X) gekommen, die am Boden vollkommen in Kaltluft eingebettet ist und die ihre Energie durch eine Warmluftschale in der Höhe erhalten hat. Ihr Zentrum bewegt sich im Laufe des Dienstags durch Mitteleuropa. Vor ihrem Anrücken hat sie an der Nordseite der deutschen Gebirge zu Föhnsturm Anlaß gegeben. Nach den neuesten Funkmeldungen der Ozeandampfer naht auf dem Atlantik in einer Entfernung von 100 Kilometern westlich von Irland eine neue Sturmzyklone. Die Witterung behält daher weiterhin ihren unruhigen Charakter. Aussichten für das schlesische Flachland: Bei böigem südlichem Winde zunehmende Bewölkung, Niederschläge, tagsüber geringe Temperaturzunahme. Aussichten für die schlesischen Mittelgebirge: Föhnsturm, Bewölkungszunahme, Einsetzen von Schneefällen, Nachtfrost. Aussichten für die schlesischen Hochgebirge: Sturm, vorwiegend bewölkt, zeitweise Schnee, leichter Frost.

Letzte Wetternachrichten.

Datum. 26. 10. 26.	Temperatur heut früh	Temperatur Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Krietern	3	5	0	wolkig	SSW 2		
Schneekoppe	−6	−6	−10	Nebel	SSW 7		24
Grünberg	4	7	−2	wolkig	SSW 4		
Oberschreiberhau	1	4	−10	bedeckt	SW 3	0,3	25
N.Schles. Baude	−3			Nebel	N 2		
Reiftträgerbaude	−5	−5	−9	Nebel/Rauheif	W 5		30
Reinerz	1	4	−7	bedeckt	SW 4		12
Landeck	1	4	−8	wolkig	SSW 9		20
Görlitz	4	5	−1	„	S 4	7	
Bad Flinsberg	1	1	−6	„	S 6	5	8
Beuthen	−2	2	−5	halbbedeckt	SO 3		18
Proskau	3	3	−4	bedeckt	SSW 5		
Heufuderbaude	−3	−1	−7	Nebel	SO 6		20
Kreuzburg	0	0	−2	wolkig	S 5		
Neisse	3	3	−4	heiter	WSW 5		
Gleiwitz	−6	0	−8	wolkig	SSO 2		
Zobten							
Friedland	1	2	−6	bedeckt	SO 3		8
Lobris, Kr. Jauer	2	3	−1	„	SW 4		

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Dienstag, 8 Uhr: gelangt erstmalig in dieser Spielzeit Verdis „Rigoletto" in der Inszenierung von Prof. Turnau unter musikalischer Leitung von Kapellmeister Preuß zur Aufführung. Morgen, Mittwoch, wird als 5. Abonnements-Vorstellung der Serie B „Der Rosenkavalier", Donnerstag, 8 Uhr, „Ein Maskenball" gegeben.

Schauspielhaus. Die neue Operette von Eduard Künneke, „Lady Hamilton" gelangt allabendlich zur Aufführung. Der ungewöhnlich große Erfolg, der diesem Werke bei der Erstaufführung beschieden war, ist ihm auch weiterhin treu geblieben. Sonntag nachmittag „Die leichte Isabell" von Robert Gilbert.

Lobetheater. Heute bis einschließlich Freitag finden die letzten Vorstellungen von Grabbes Lustspiel „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung" in der Inszenierung Carl Behrs statt. Sonnabend, den 30. Oktober, gelangt Hermann Bahrs Lustspiel „Das Konzert" in der Inszenierung Ernst Reschkes zur Aufführung.

---

* **Goldene Hochzeit** feiert am 27. Oktober der Sozialrentenempfänger Karl Kosche, Tauentzienstraße 139, mit seiner Frau Anna, geb. Fuchs. Trotz dürftiger Verhältnisse sind die braven, alten Leute der „Volkswacht" treu geblieben. Wir gratulieren ihnen herzlich.

* **Ueber den Verkehr mit Milch** befindet sich im Breslauer Polizei-Amtsblatt vom 23. Oktober die Neufassung der Polizeiverordnung nebst den ergangenen Nachtragsverordnungen, worauf wir die Interessenten besonders hinweisen.

* **Pan-Europa-Vortrag.** Graf M. Coudenhove-Kalergi (Wien), der Leiter der Pan-Europäischen Bewegung, hält am Sonnabend, den 6. November, abends 8 Uhr, im Saale der „Gesellschaft der Freunde" einen Vortrag über sein Thema: „Pan-Europa" mit anschließender Diskussion. Der Vorverkauf für diese besonders interessante politische Veranstaltung wird in den nächsten Tagen bei Julius Hainauer eröffnet; das genaue Datum der Eröffnung des Vorverkaufs wird noch bekannt gegeben, Vorbestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

* **Eine bestialische Roheit** ist dem Schlesischen Zentralverein zum Schutze der Tiere unter Angabe von Zeugen zur Kenntnis gebracht worden. Danach hat ein junger Mensch ein lebendes Kätzchen an den Hinterbeinen gepackt und diese auseinandergerissen. Die von dem Verein angestellten Ermittelungen ergaben Bestätigung. Die Angelegenheit ist unverzüglich der hiesigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung wegen Tierquälerei unterbreitet worden.

* **Vermißt** wird seit dem 18. Oktober d. J. Vera Winter, geboren am 18. Juni 1912 zu Oppeln, zuletzt hier Pöpelwitzstr. 33 wohnhaft gewesen. Sie ist 1,65 Meter groß, schlank, hat blondes Haar (Bubikopf), blaue Augen, vollständige Zähne und gesunde Gesichtsfarbe. Bekleidet ist sie mit rötlichem Sommerkleid, dunkelblauem Mantel, hellgrauen Strümpfen und schwarzen Halbschuhen. Wer über den Aufenthalt der Vermißten Angaben machen kann, wird ersucht, dies schriftlich oder mündlich bei der Kriminalpolizei hier, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11, zu tun.

* **Gestohlen** wurde am 24. Oktober aus einem Lokal auf der Gartenstraße ein schwarzer Winterüberzieher mit schwarzem, gestepptem Futter und schwarzen Hornknöpfen. Zweckdienliche Angaben werden nach dem Polizeipräsidium, Zimmer 49, erbeten.

* **Beschlagnahmt** wurde ein altes, minderwertiges Fahrrad, ohne Marke und Nummer. Der Rahmen ist schwarz, Felgen und Kotschützer sind gelb und schwarz abgesetzt, die Lenkstange nach hinten gebogen, mit einem Holz- und einem Pappgriff, Torpedofreilauf. Der Eigentümer melde sich im Polizeipräsidium, Zimmer 10.

* **Der Zirkus Wilhelm Hagenbeck** unter persönlicher Leitung des Direktors und Eigentümers Carl Hagenbeck, der von seinen Gastspielen in den Jahren 1917 und 1918 der Bevölkerung noch in bester Erinnerung sein wird, ist mit 52 Transportwagen auf dem hiesigen Güterbahnhof Ost eingetroffen. In den Jahren von 1918 bis heute besuchte Hagenbeck mit seinem Unternehmen alle größeren Städte in Holland, Frankreich, Spanien und Portugal mit bestem Erfolg. Die Eröffnungsvorstellung in Breslau gegenüber der Jahrhunderthalle, wird Freitag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, stattfinden. Infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit wird Hagenbeck diesmal nicht seine Zeltstadt, sondern einen Holzzirkusbau mit Zentralheizung und allen Bequemlichkeiten eines modernen Theaterbaues errichten.

Wozu dienen Maggi's Fleischbrüh-Würfel?

1. Zur Bereitung feiner Trinkbouillon,
2. Zur Herstellung bester Fleischbrühsuppen,
3. Zur Beschaffung von Kochbouillon,
4. Zur Verbesserung von Suppen und Soßen,
5. Zur Verlängerung von Suppen und Soßen.

Ein Würfel 4 Pf. 14089
für gut ⅛ Liter kräftige Fleischbrühe.

CREME MOUSON SEIFE Durch Zusatz von Creme Mouson **zart und mild**

Um den Achtstundentag.

Keine Verschiebung und kein Kompromiß.

Man schreibt uns: Die deutsche Arbeiterschaft sieht in der eindeutigen Festlegung des Achtstundentages den Kernpunkt des sogenannten Arbeitsschutzgesetzes. Dagegen rennen aber in letzter Zeit die Unternehmer mit doppeltem Eifer Sturm. Es ist ihnen auch gelungen, weite Kreise, die sonst das Feldgeschrei der Unternehmer gegen den Achtstundentag nicht vorbehaltlos aufnahmen, davon zu überzeugen, daß man erst das Ergebnis der Wirtschaftsenquete abwarten müsse, um über die künftige Dauer des Arbeitstages in Deutschland überhaupt entscheiden zu können. Wir haben uns schon einmal an dieser Stelle gegen den Versuch gewehrt, die Regelung des Arbeitstages mit dem Ausgang der Wirtschaftsenquete in Deutschland zu verknüpfen. Die Wirtschaftsenquete soll die veränderte Erzeugungsgrundlage in einem wesentlichen Teil der deutschen Wirtschaft feststellen. In ihrem Rahmen arbeitet auch ein Ausschuß, der insbesondere das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung untersucht. Aber gerade diese Untersuchung scheint sich sehr lange hinziehen zu wollen. Die Arbeit des Ausschusses stößt auf eine Unmenge von Schwierigkeiten, und kein Mensch kann heute sagen, wann die Ausschüsse einmal zu einem Ergebnis kommen werden. Ein Abwarten dieser Ergebnisse heißt aber die Regelung des Arbeitstages vielleicht auf Jahre hinausschieben. Das kann sich die deutsche Arbeiterschaft nicht gefallen lassen, wie eine Verschleppung auch nicht im außenpolitischen Interesse Deutschlands liegt. Wir erinnern nur an die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Auch soll man daran denken, daß eine Verschleppung der Arbeitstagregelung nicht geeignet ist, die gegenwärtigen Zündstoffe zu beseitigen, die aus der steigenden Not der Arbeitslosen heraus täglich neue Nahrung erhalten.

Auch sonst können wir nicht einsehen, daß das Ergebnis der Wirtschaftsenquete das Verhältnis der Befürworter und der Gegner des Achtstundentages wesentlich verändern kann. Die deutschen Enqueten haben bis jetzt immer das eine gemeinsam gehabt, daß ihre Ergebnisse auf die Wirtschaftsführung so ziemlich ohne Wirkung blieben. Allerdings vollzieht sich die Untersuchung in der gegenwärtigen Wirtschaftsenquete nach wesentlich verheißungsvolleren Grundsätzen. Das bedeutet jedoch nicht, daß einmal aus dem Unternehmersaulus ein Unternehmerpaulus werden muß. Auch wenn die Ergebnisse für den Achtstundentag günstig sind, muß man im Unternehmerlager mit den gleichen Widerständen wie heute rechnen. Daraus folgt, daß man die Einführung des Achtstundentages weder von sozialpolitischen Gründen, das heißt vom Wunsch der Arbeiter, aber auch nicht von rein privatkapitalistischen Einwürfen, das heißt vom Widerstand der Arbeitgeber abhängig machen darf. Man muß unbedingt in dem Achtstundentag den ökonomischen Zwang erkennen. Bei den modernen Arbeitsmethoden, die auf der schnelleren Verwendung der menschlichen Arbeitskraft beruhen, ist es überhaupt zweifelhaft, ob die in Reihen bzw. an Bändern beschäftigten Personen nach achtstündiger Arbeit noch genügend leistungsfähig sind. Vor allem hat die umgestellte Wirtschaft selbst den Beweis erbracht, daß sie auf Grund der verbesserten Maschinen und der verbesserten Arbeitsmethoden mühelos in bedeutend verkürzter Arbeitszeit mehr produziert als früher bei einer wesentlich längeren Arbeitsdauer. Wir glauben gern, daß die meisten Unternehmer mit ihren Erzeugungsapparaten technisch zurückgeblieben sind. Während der Inflation schwammen sie in Geld. Der Zwang zur technischen Umstellung, der sogenannte ökonomische Zwang, fehlte eben. Das gleiche gilt für die ersten Jahre der Stabilisierung. Sie brachte derart übersetzte Preise, daß die bedenkliche Tatsache des rückständigen Erzeugungsapparates gar nicht ins Gewicht fiel. Daß das ein Glück für unsere Wirtschaft und für unser Volk gewesen ist, dürfte wohl keiner behaupten. Die eindeutige Festlegung des Achtstundentages im Arbeitsschutzgesetz ist also schon deshalb von unschätzbarem Wert, weil er zur Verbesserung in unserem noch immer stark rückständigen Erzeugungsapparat zwingt. Der ganze Achtstundentag ist eine Frage der Wirtschaft. Deshalb soll man sich auch bei seiner gesetzlichen Regelung durchweg von wirtschaftlichen Gesichtspunkten — und zwar in erster Linie von der Notwendigkeit des ökonomischen Zwanges — leiten lassen.

Das deutsche Unternehmertum hat bisher nur bewiesen, daß es dieses Zwanges unbedingt bedarf. Deshalb wird die deutsche Arbeiterschaft auch ein Kompromiß in der Arbeitszeitfrage ablehnen müssen. Man denkt sich im Unternehmerlager dieses Kompromiß so, daß man den Achtstundentag im Gesetz grundsätzlich festlegt und in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz Wege für seine Umgehung findet. Damit wäre gegenüber dem heutigen Zustand so gut wie gar nichts gebessert. In diesem Zusammenhang verdient eine Auslassung über das Arbeitszeitkompromiß Beachtung, die wir in der Presse finden, die teilweise dem Unternehmertum nahesteht, aber auch enge Fühlung mit der Regierung hat. In diesen Auslassungen heißt es unter anderem: „Wichtig ist es dann daß die Ueberwachung der auf diese Weise erlassenen Bestimmungen (Ausführungsverordnung über den Achtstundentag) von den wirklich berufenen Persönlichkeiten erfolgt. Derartige Vorschriften dürfen in keiner Weise Anlaß bieten zu Schikanen, denen der Unternehmer immer dann ausgesetzt ist, wenn die Aufsicht von Personen ausgeübt wird, die keinerlei Kenntnisse von den tatsächlichen Verhältnissen haben. Das ist besonders in mittleren und kleineren Industriestädtchen der Fall, in denen häufig sogar Arbeitslose als Aufsichtspersonen eingesetzt worden sind." Was man will, ist also ein faules Kompromiß in der Arbeitszeitfrage und eine Kontrolle, die „weiße Salbe" ist. Damit wäre das Arbeitszeitgesetz in Deutschland ein Gesetz zur Umgehung des Achtstundentages.

Verhöhnung der Ausgesteuerten.

Wie die „Arbeitgeberzeitung" sich die Sozialpolitik vorstellt.

Das Verhalten der deutschen Unternehmer in den letzten Wochen hat bei den verschiedensten Gelegenheiten keine Unklarheit darüber gelassen, daß die Anbiederung der Silverberge an die Arbeiterbewegung keinerlei Veränderungen ihrer sozialpolitischen Einstellung bedeutet. Recht wirkungsvolle Belege dafür erbringt jetzt erneut die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung", die sich in ihrer Nummer vom 17. Oktober eine Hetze gegen diejenigen erlaubt, die in der gegenwärtigen Situation sicherlich mit zu den Aermsten der Armen gehören, nämlich gegen die ausgesteuerten Erwerbslosen. Die Arbeitgeber-Zeitung behauptet, daß die Gewerkschaften die ausgesteuerten Arbeitslosen zu „Staatspensionären" zu machen gedenken und dabei außer Betracht lassen, daß es sich gerade bei den ausgesteuerten Erwerbslosen vielfach um Personen handelt, die am wenigsten einer solchen „Vergünstigung würdig wären". Als „Beweis" für die Richtigkeit ihrer Auffassung betont die Arbeitgeber-Zeitung, „daß der, der Arbeit finden will, innerhalb der jetzigen Hilfsunterstützungsdauer solche in aller Regel auch finden kann . . ."

Die Arbeitgeber-Zeitung läßt diese Behauptung ohne Beweis. Daß sie aber informiert ist, welche Schichten der Arbeiterschaft insbesondere zu den dauernd Erwerbslosen geworfen werden, beweist ihre Einstellung gegen besondere Maßnahmen für die Unterbringung älterer Arbeiter im Produktionsprozeß. Tatsächlich hat ja die „Rationalisierung" ganz besonders zur Brotlosmachung älterer Arbeiter und Angestellter geführt; die Aussicht, daß diese aus der Reihe der Arbeitenden Ausgestoßenen wieder Arbeit finden, ist sehr gering. Das weiß jeder Arbeiter aus persönlichen Erlebnissen; das weiß auch die Arbeitgeber-Zeitung, deren verantwortliche Leiter sicherlich in Freundeskreisen nicht gerade selten ein verschmitztes Grinsen zu sehen bekommen, wenn über diese Seite der „Rationalisierung" gesprochen wird. Weil nun die Lage für die älteren Arbeiter und Angestellten trostlos ist, deshalb haben die Gewerkschaften sich für einen gesetzlichen Zwang gegenüber den Unternehmern eingesetzt, in bestimmtem Verhältnis zur Zahl der von ihnen Beschäftigten, auch Arbeitskräfte der höheren Altersstufen einzustellen. Dieser Zwang ist, wenn auch unvollkommen, für Angestellte inzwischen Reichsgesetz geworden. Für ältere Arbeiter muß diese Sicherstellung noch verwirklicht werden. Die Arbeitgeber-Zeitung behauptet nun, daß eine solche Fürsorge „jeder vernünftigen Sozialpolitik Hohn spricht", und daß der Reichstag nach der Verwirklichung eines gewissen Schutzes für die älteren Angestellten nunmehr sehen könne, wie er durch seine Bewilligungsfreudigkeit die Begehrlichkeit der breiten Massen in ungeahntem Maße zu steigern verstanden habe."

Die Arbeitgeber-Zeitung befaßt sich auch mit der Entscheidung des Reichsarbeitsministers an die Wohlfahrtsämter, den ausgesteuerten Erwerbslosen Armenunterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung zukommen zu lassen. Die Arbeitgeber-Zeitung bezweifelt die rechtliche Zulässigkeit dieser Anweisung und behauptet, daß ohnehin schon die Wohlfahrtsämter weit höhere Unterstützungen bezahlen, als aus der Erwerbslosenfürsorge gezahlt werden. Nach dieser Erklärung der Arbeitgeber-Zeitung müßten ja dann die Ausgesteuerten froh sein, in die Wohlfahrtspflege zu kommen. Tatsächlich weiß auch in diesem Falle wieder jeder Arbeiter aus persönlichem Erleben, daß in den Kreisen der Ausgesteuerten keine große Freude über ihre Betreuung durch die Wohlfahrtsämter herrscht. Davon abgesehen ist es charakteristisch, daß die Arbeitgeber-Zeitung diese Gelegenheit für günstig findet, die reaktionären Reichsinstanzen gegen die Wohlfahrtsämter mobil zu machen. Sie erklärt, „daß der Reichsarbeitsminister auf dem Holzwege ist, wenn er meint, die Wohlfahrtsämter noch zu einer Erhöhung ihrer Leistungen ermuntern zu können". Man könnte im Ernste in der Anweisung des Reichsarbeitsministers „nur die Anregung erblicken, die jetzt schon übersteigerten Unterstützungssätze für die Ausgesteuerten entsprechend zu ermäßigen".

Es ist nicht nötig, zu diesen Unverschämtheiten der Arbeitgeber-Zeitung, die sich stolz „Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber" nennt, kritische Bemerkungen zu machen. Es ist aber nützlich, sie zu zitieren, um den Eindruck zu vertiefen, daß die deutschen Arbeiter vom Wohlwollen der Unternehmer nichts zu erwarten haben, daß nur ihre eigene Kampfkraft ihnen Erfolge bringen kann.

Unzureichendes Angebot der österreichischen Regierung an die Beamten.

Wien, 26. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Die österreichische Regierung machte den Beamtenvertretern am Montag im Verlaufe mehrstündiger Verhandlungen ein neues Angebot auf Erhöhung des Mindestgehaltes. Dieses Mindestgehalt, das jetzt monatlich 150 Schilling beträgt, soll auf 162,5 Schilling hinaufgesetzt werden. Die Beamtenvertreter verlangten 170 Schilling, das heißt 100 Mark. Eine Einigung wurde noch nicht erzielt, da sich die Beamtenvertreter noch nicht befriedigt erklärten.

Französischer Gewerkschaftskongreß.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Funkbericht.) Am 29. und 30. Oktober wird in Paris der Nationalkongreß der CGT. (Confédération Générale du Travail) stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen des Achtstundentags und der internationalen Politik.

Die Betriebsratswahlergebnisse bei der Dresdner Bank, Berlin, ein freigewerkschaftlicher Erfolg. Als letzte in der Reihe der Berliner Großbanken fand am Donnerstag die Betriebsratswahl in der Dresdner Bank statt. Auf den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband und die Oberbeamtenliste entfielen je 1 Sitz, auf den Deutschen Bankbeamten-Verein 3 Sitze, während der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten 10 Sitze erringen konnte. Das Gesamtergebnis der Betriebsratswahlen in den 6 Berliner Großbanken stellt sich wie folgt: Allgemeiner Verband 56 Sitze, Deutscher Bankbeamten-Verein 16 Sitze, Oberbeamte 7 Sitze, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband 4 Sitze. Dieses Wahlergebnis bedeutet ein Treubekenntnis der geschlossenen Masse der Berliner Bankangestellten zu der freigewerkschaftlichen Organisation und einen eindrucksvollen Sieg des Allgemeinen Verbandes über alle anderen Angestellten-Organisationen.

Wirtschaft.

Geringer Rückgang der Erwerbslosigkeit in Niederschlesien.

In der Berichtswoche vom 14. bis 20. Oktober sank die Zahl der Arbeitsuchenden in der Provinz Niederschlesien von 82 113 auf 80 742. Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger fiel gleichfalls von 49 602 auf 47 959. In der Stadt Breslau stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 43 453 auf 43 706, während die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger 23 601 (Vorwoche 23 249) betrug. Im Vorjahr wurden am 21. Oktober 23 563 Arbeitsuchende in der Provinz Niederschlesien gezählt.

In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach männlichen Hilfskräften weiter nachgelassen, da die zur Hackfruchternte benötigten Kräfte jetzt fast überall bereits eingestellt sind. Ungedeckte Nachfrage bestand nach jüngeren männlichen sowie weiblichen ledigen gelernten Arbeitskräften. Die Nachfrage nach Familien mit Hofegängern hat sich gehoben. In der Forstwirtschaft fanden verschiedentlich Vermittlungen von Arbeitskräften statt.

Im Bergbau fanden eine Anzahl Vermittlungen im Waldenburger Steinkohlenrevier statt.

In der Industrie der Steine und Erden wurden weitere Entlassungen im Ziegelgewerbe beobachtet. Im Strehlener Bezirk hat eine Chamottefabrik Kurzarbeit (4 Tage in der Woche) eingeführt. Aus dem Görlitzer Bezirk werden Entlassungen in der Penziger Glasindustrie gemeldet. In der Stadt Görlitz bestand Nachfrage nach Glasschleifern für Kristallschliff, der jedoch im Wege des zwischenörtlichen Ausgleichsverkehrs entsprochen werden konnte.

In der Metallindustrie hält die ungünstige Arbeitsmarktlage noch weiter an. Einstellungen von Arbeitskräften wurden fast nirgends vorgenommen, dagegen lagen aus fast allen Bezirken Meldungen über Entlassungen von Fachkräften vor.

Im Spinnstoffgewerbe war rege Vermittlungstätigkeit von Hilfskräften in Görlitz zu beobachten. Auch in Bunzlau fanden Einstellungen von weiblichen Arbeitskräften für eine Spinnerei statt. Die Laubaner Taschentuchindustrie hatte Bedarf an geübten Weberinnen, Hohlsaumnäherinnen und Häklerinnen, der zum Teil nicht gedeckt werden konnte. Auch im Waldenburger Bezirk fanden Vermittlungen von vornehmlich weiblichen Arbeitskräften zu den dortigen Spinnereien und Webereien statt. Dagegen hat im Neusalzer Bezirk eine Nähgarnspinnerei eine Anzahl Arbeitskräfte entlassen.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe fanden Entlassungen aus zwei Großbetrieben in Görlitz statt. In Liegnitz ging die Zahl der erwerbslosen Tischler weiter zurück. In Wohlau hatte eine Knopffabrik Bedarf an gelernten und ungelernten Arbeitskräften.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe stellen die Zuckerfabriken weiter Arbeitskräfte ein.

Im Bekleidungsgewerbe belebte sich die Arbeitsmarktlage. Sowohl die Maßschneiderei als auch die Konfektion forderte Arbeitskräfte an. Auch die Wäscheindustrie hatte Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften. In Brieg stellte eine Handschuhfabrik Arbeitskräfte ein.

Nach Friseuren bestand Nachfrage.

Im Baugewerbe war die Vermittelungstätigkeit verhältnismäßig rege, doch hatte es den Anschein, als ob die Entlassungen stärker waren als die Einstellungen.

Im Verkehrsgewerbe entließ die Reichsbahn nach Beendigung von Gleisarbeiten eine Anzahl Arbeitskräfte.

Für ungelernte Arbeitskräfte war die Lage wie bisher unbefriedigend.

Ebenso blieb das Ueberangebot an ungeschultem Hauspersonal bestehen, während zum Teil ungedeckte Nachfrage nach gut empfohlenen Hausangestellten mit langjährigen Zeugnissen bestand.

Die Verbilligung der Fertigwaren gegenüber Rohstoffen und Lebensmitteln. Wie aus einer jüngsten Veröffentlichung des „Instituts für Konjunkturforschung" über die Entwicklung des Außenhandels hervorgeht, zeigt sich seit der Jahrhundertwende eine ständige Verbilligung der Fertigwaren gegenüber Rohstoffen und Lebensmitteln. Da Deutschland vornehmlich Fertigwaren ausführt und Rohstoffe und Lebensmittel im großen Umfange einzuführen gezwungen ist, wird die deutsche Volkswirtschaft durch diese Entwicklung schwer belastet. Um dieselbe Menge eingeführter Rohstoffe und Lebensmittel zu bezahlen, muß man infolge dieser Verschiebung der Preisverhältnisse eine verhältnismäßig größere Menge von Fertigprodukten ausführen. In diesem Lichte erscheint auch die Reparationsbelastung größer als sie ziffernmäßig erscheint, weil sie vornehmlich durch die Ausfuhr von Fertigprodukten abgegolten wird.

Rückgang des Fleischkonsums im laufenden Jahre. Seit der Stabilisierung der Mark ist ein dauernd steigender Fleischkonsum zu beobachten, der jedoch den Vorkriegsverbrauch noch lange nicht erreicht hat. Aus Inlandsschlachtungen und Einfuhrüberschuß ergab sich ein Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung in der zweiten Hälfte 1913 von 26,69 Klgr. Im ersten Halbjahr nach der Stabilisierung der Währung 1924 betrug der so berechnete Fleischverbrauch 19,61 Klgr. und stieg in dem folgenden Halbjahr auf 22,76, dann auf 23,01 und in der zweiten Hälfte 1925 auf 23,99 Klgr. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres sank der Fleischkonsum auf 23,28 Klgr. Zwar ist dieser Konsum noch höher als in der ersten Hälfte des Vorjahres, trotzdem bedeutet der Rückgang eine Unterbrechung der aufsteigenden Linie, der ohne Zweifel auf die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit und den damit verbundenen Ausfall an Konsumkraft zurückzuführen ist.

Estlands Ernte scheint nach den neuesten amtlichen Ermittlungen doch nicht ganz so schlecht ausgefallen zu sein, wie vor einigen Monaten angenommen wurde. Der Ertrag an Roggen dürfte etwa dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre entsprechen. Auf den Import von Roggen und Roggenmehl wird man also in der kommenden Kampagne nicht verzichten können, wenn auch bei den Landwirten noch beträchtliche Vorräte von vorjährigem Roggen vorhanden sein sollen. Die Erträge an Gerste, Hafer und Mischkorn sollen sogar diejenigen des Vorjahres etwas übertreffen. Die Kartoffelernte wird um 70 000 Tonnen höher als 1925 geschätzt und auch die Qualität als besser angesehen. Infolge der schlechten Konjunktur ist in diesem Jahre die Flachsanbaufläche zurückgegangen. Schon aus diesem Grunde ist mit einer quantitativ geringeren Ernte zu rechnen. Die Qualität der Leinfasern soll aber besser als die des Vorjahres sein.

Der bosnische Dörrpflaumenexport hat diesmal zu Beginn der letzten September-Dekade eingesetzt, und zwar ziemlich lebhaft, da die Zufuhren schon bis dahin eine um 25 Prozent größere Menge als im Vorjahr erreicht hatten. Bis zum 3. Oktober wurden auf den Märkten in Brcko, Tuzla, Samac, Modrice, Gracanica und Zvornik zusammen 5 212 580 Klgr. angeliefert. Der Export richtete sich bisher hauptsächlich nach Deutschland, in zweiter Linie nach der Tschechoslowakei, Italien, Frankreich und der Schweiz.

Persimmon 8 Pfg.

Corps Diplomatique 10 Pfg.

Die tonangebenden Zigaretten mit echtem Strohmundstück

L. PRZEDECKI, Zigarettenfabrik „Sultan", Breslau II. (Stammhaus gegr. 1860.) Berlin W. 8, Passage 45/46.

Aus Schlesien.

Schneeschäden in den Sudeten.

In den Schneestürmen im Sudetengebirge und Schlesien wird über Prag gemeldet: In Ostrau war der Straßenbahnverkehr zeitweilig stillgelegt. Die Telegraphen-, Telephon- und elektrischen Leitungen wurden stark beschädigt. Einige tschechische Gemeinden waren gestern ohne Licht. Automobile, welche auf dem Lande ins Schneetreiben gerieten, blieben im Schnee stecken.

Aus Hirschberg kommt die Meldung, daß es am Sonnabend und Sonntag im Gebirge und im Tal ununterbrochen geschneit hat. Am Montag herrschte prächtiger Sonnenschein. Die ganze Landschaft zeigt sich im schönsten Winterkleide. Auf dem Kamm liegt der Schnee bereits 30 Zentimeter hoch.

Striegau. An Alkoholvergiftung starb der erst dreißigjährige Arbeiter Elsner. Er trank sogar in Ermangelung anderer geistiger Getränke Brennspiritus in großen Mengen. Kürzlich bedrohte er im Rausche Straßenpassanten mit dem offenen Messer, sodaß er festgenommen wurde. Da der Mann bei der Vernehmung wirre Antworten gab, wurde er ins Krankenhaus geschafft, wo er nach drei Tagen starb. Bei der Einlieferung trug er noch ein halbe Flasche Brennspiritus bei sich. — Arbeiter, meidet den Alkohol!

Ziegenhals. Ein Wahnsinniger von einem Aussichtsturm gesprungen. Ein schrecklicher Vorgang ereignete sich auf dem von Touristen viel besuchten Goldberge bei Freiwaldau. Dort verübte der erst 20 Jahre alte Konditor Rud. Zimmer im unmittelbaren Anschluß an die Silberhochzeitsfeier seiner Eltern grausigen Selbstmord. Er hatte mit Freunden den Aussichtsturm auf der Goldkoppe bestiegen und war mit ihnen bereits zurückkehrend in die Medritzer Hütte gegangen, als er sich nochmals entfernte und wieder den Turm bestieg. Bald darauf kamen Leute mit der Schreckensnachricht daß sich soeben ein Mann vom Turm gestürzt habe. Es war Zimmer, der sich oben auf dem Turm bis auf das Hemd entkleidet hatte und dann hinabsprang, um in einer Tiefe von 26 Meter völlig zerschmettert auf der Stelle tot liegen zu bleiben. Die Tat ist zweifellos in plötzlich ausgebrochener geistiger Umnachtung geschehen, da Zimmer an schwerer Gehirngrippe erkrankt war, deren Folgen sich wiederholt bemerkbar machten.

Sprottau. Autobus nach Bunzlau. Infolge des neueren Entgegenkommens der Oberpostdirektion Liegnitz haben die Stadtverordneten von Sprottau der Uebernahme des auf die Stadt entfallenden Anteils an der Betriebskostengarantie zugestimmt. Damit dürfte die schon lange notwendige und erstrebte Linie, durch die eine direkte Verbindung Grünberg—Freystadt—Sprottau—Bunzlau—Löwenberg geschaffen wird, unmittelbar nahegerückt sein.

Görlitz. Ein Magistratsantrag zur Linderung der größten Not. In der letzten Stadtverordnetensitzung waren die Anträge des Magistrats und der sozialdemokratischen Fraktion zurückgestellt worden, weil kein Geld in der Kasse war. Bereits vor einigen Wochen ist seitens des Magistrats mit der Fleischer-Innung verhandelt worden, wegen Lieferung von Wurst auf Marken an Minderbemittelte. Es stand damals so gut wie fest, daß auch in diesem Vierteljahr den Minderbemittelten Wurst gratis geliefert werden sollte, und die Fleischer-Innung hatte beschlossen, zu den Wurstsorten noch Knoblauchwurst zu geben, damit etwas mehr Abwechselung erreicht würde. Brot an Minderbemittelte zum Preise von 30 Pf. gibt es seit der Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft ununterbrochen. Eine Zeit lang wurde dieses Markenbrot für 20 Pf. ausgegeben. Dasselbe gilt von den Kartoffeln auf Marken, hier kosten 10 Pfund 15 Pf., seit 1. Oktober werden auch wieder Kohlenmarken ausgegeben, der Zentner kostet gegenwärtig 90 Pf.

Bolkenhain. Der Dank des Vaterlandes war ihm gewiß! Der Kriegsinvalide Raupach aus Giesmannsdorf, der im Kriege durch einen Kopfschuß ein Auge verloren hatte, erhielt eine Rente von 19 (Neunzehn!) Mark monatlich. Da er längere Zeit arbeitslos war, versuchte er bei dem zuständigen Versorgungsamt eine höhere Rente zu erhalten. Als ihm das abgelehnt wurde, sprang er in den Brauereiteich und ertrank.

Oppeln. Eine Frau aus dem Schnellzug gesprungen. Ein aufregender Vorfall ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke Oppeln—Brieg. Nachdem der Morgenschnellzug D 30, Beuthen O.-S.—Berlin, den Bahnhof Oppeln verlassen hatte, wurde vom Schaffner bei der Prüfung der Fahrkarten im Zuge eine Frau festgestellt, die nur im Besitz einer Fahrkarte bis Dambrau war. Es wurde der Frau bedeutet, daß der Zug in Dambrau nicht hält, bis Breslau ohne Aufenthalt durchfährt und infolgedessen der Fahrpreis bis Breslau sowie der Schnellzugszuschlag nachzuzahlen ist. Nachdem sich der Schaffner entfernt hatte, sprang die Frau, in der Absicht, die Kosten der Weiterfahrt zu sparen, zum Schrecken der Mitreisenden und ehe es dieselben verhindern konnten, in der Nähe des Dorfes Mulewitz unweit vom Haltepunkt Neisern aus dem in voller Fahrt begriffenen D-Zuge. Die Reisenden hatten zwar sofort die Notbremse gezogen, so daß der Zug auf freiem Felde hielt, doch konnte er nach kurzem Aufenthalt seine Fahrt fortsetzen, da der Frau, trotzdem der Zug schon eine ziemliche Geschwindigkeit hatte, außer einigen Hautabschürfungen und der Verstauchung eines Fußes nichts Nennenswertes geschehen war.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Krietern. Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde zu dem vom Magistrat Breslau übersandten Eingemeindungsvertrags-Entwurf Stellung genommen. Als Vertreter der Stadt nahmen an der Sitzung teil die Herren Dr. Krumteich und Richter. Es wurde in allen Punkten eine grundsätzliche Einigung erzielt. Die Wünsche und Forderungen der Gemeindevertretung sollen in weitgehendstem Maße erfüllt werden. Eine demnächst abzuhaltende Gemeindeversammlung wird sich mit der bevorstehenden Eingemeindung beschäftigen. Es wird hier schon auf diese Versammlung hingewiesen, zahlreicher Besuch ist erwünscht. Ein Antrag auf Erhöhung der Unterstützung wurde genehmigt, ebenso ein Antrag auf Festsetzung der Straßenbaukosten.

Klettendorf. „Freies Volk", der große republikanische Film, läuft am Freitag, den 29. Oktober, nachmittags 4½ Uhr und abends 8 Uhr, in den hiesigen Gemeindelichtspielen. Der MGV. „Seid einig", Hartlieb, wird einige Lieder zu Gehör bringen. Alle Kinofreunde aus dem Ort und aus der Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen.

— Eine Gemeindevertretersitzung findet am Mittwoch, den 27 Oktober, abends 7 Uhr, im Gemeindebüro statt.

— Sozialistische Arbeiterjugend. Unser Heimabend beginnt heute um ½8 Uhr in der evangelischen Schule. Gäste aus Hartlieb, Krietern und Opperau sind herzlich willkommen.

Deutsch-Lissa. Wer leidenden Mitmenschen helfen will, der komme Mittwoch, abends 7½ Uhr, zur Werbeversammlung der Arbeitersamariter in das Lokal von Stritzke. Seinen verunglückten oder erkrankten Mitmenschen zu helfen, sollte besonders für organisierte Arbeiter ernste Pflicht sein. Bei keiner anderen Betätigung kommt die Solidarität der Arbeitenden besser zum Ausdruck, als bei der ersten Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen. Erste Hilfe hat aber nur dann Sinn und Zweck, wenn sie sachgemäß und schnell verabreicht wird. Das kann nur geschehen, wenn eine Ausbildung stattfindet und wenn der Ausgebildete dauernd sich über alles Nötige unterrichtet und in Uebung bleibt. Das Mittel dazu kann für organisierte Arbeiter und für alle, die auf dem Boden der Republik stehen, nur eine Arbeitersamariter-Kolonne sein. Die Bildung einer Arbeitersamariter-Kolonne in unserem Ort soll nun in der oben bezeichneten Versammlung eingeleitet werden.

Konzerte.

Orchesterkonzert.

Zwischen Mozart und Richard Strauß stand im zweiten Abonnementskonzert des Breslauer Orchestervereins im Konzerthaus als Neuheit Emil N. von Reznicels Thema mit Variationen für großes Orchester und Bariton: „Tragische Geschichte". Auch der Held des gleichnamigen Chamissoschen Gedichtes, das der Komposition zur Unterlage diente, bemüht sich in Variationen um das Thema: „Wie bekomme ich meinen Zopf nach vorn?" Reznicek hat es unternommen, die poetische Kleinigkeit zu einer umfangreichen symphonischen Dichtung zu verwerten und übersetzte dabei das humoristische Naive der Dichtung in Witz, Ironie, groteske Verulkung. Er bedient sich dabei einer gelibten Orchestersprache mit vielfach angenehm unterhaltenden, aber auch zuweilen etwas abstoßend aufdringlichen Worten. Das Gesangssolo zeugt von keiner besonders originellen Idee, zudem ist es gesanglich unbequem. Karl August Neumann vom hiesigen Stadttheater, der lediglich für dieses „Geschichtchen" bemüht wurde, kam weder nach oben, noch nach unten hin mit seinem voluminösen Bariton aus. Prof. Dr. Georg Dohrn holte durch dynamisch feinste Differenzierung alles Mögliche aus dem Werk heraus. Zu Beginn des Konzerts stand die ebenfalls, besonders im Andante, nuancenreiche Wiedergabe der Mozartschen Es-dur-Symphonie während Strauß' „Heldenleben", in der Gestaltung des Orchestervereins bekannt, den Abschluß bildete. W. S—der.

Arbeiter-Sport.

Freie Kanuvereinigung. Mittwoch, den 27. Oktober, beginnt das Turnen abends 7 Uhr. Alle Mitglieder können daran teilnehmen. Besondere Beitragserhöhung findet dadurch nicht statt. Sonntag früh erscheinen alle um 8 Uhr im Bootshaus zur Arbeit.

Arbeiter-Athleten-Bund. Mittwoch, den 27. Oktober, findet abends 7½ Uhr bei Matheja, Hubenstraße 19, eine Technische-Leiter-Sitzung statt zwecks Umstellung der Mannschaftskämpfe. Jeder Verein wird ersucht, seinen Technischen Leiter zu schicken. Die Bezirksleitung.

S.C. Eichenlaub 1910 hat die Austragung der Jugendkämpfe innerhalb des 1. Bezirks des A.A.B. übernommen. Da die Meldungen zu diesen Kämpfen recht spärlich eingelaufen sind, verlängern wir hiermit den Meldeschluß bis 7. November. Die Altersgrenze ist für den Tag der Meldeabgabe maßgebend. Alle Meldungen sind schriftlich und namentlich an Fritz Kutsche, Am Wäldchen 24, zu richten. Im Interesse der Förderung der Jugendpflege im Arbeitersport wird um rege Beteiligung gebeten.

Schwimmverein Poseidon, E. V., Jugendabteilung. Alle Jugendmitglieder, die der Volksbühnenjugend beigetreten sind, zahlen ihren Beitrag (50 Pf.) am Dienstag, spätestens Freitag an Obmann Paul Surauf. — Die Musikabteilung hält ihre Uebungsstunde von Montag, den 1. November an, am Heim, Michaelisstraße 36, von 6—8 Uhr abends ab.

Die lettischen Arbeiterwehrabteilungen aufgelöst. Unter dem Drucke der Faschisten hat die lettische Regierung außerhalb des Parlaments eine Aenderung des Gesetzes über das Vereinswesen vorgenommen. Danach ist es Vereinen, Verbänden und politischen Parteien untersagt, militärische Uebungen zu pflegen. Das Hauptkomitee des lettischen Arbeitersportverbandes sah sich daher veranlaßt, seine Wehrabteilungen aufzulösen.

Vereinskalender.

Steinarbeiter, Sektion der Steinmetzen. Mittwoch, den 27. Okt., abends 7½ Uhr, findet Uferstraße 26 eine wichtige Versammlung statt. J. A.: Der Vorstand.

Geschäftliches.

Stellen Sie Ihren Gatten auf die Probe. Setzen Sie ihm eine Ochsenschwanz-Suppe, bereitet aus Knorr-Suppenwurst, vor. Er wird dieselbe köstlich finden. Ihr Kochtalent bewundernd loben aber niemals auf den Gedanken kommen, daß diese Suppe fertig gekauft und nur im Wasser ohne weitere Zutaten gekocht worden ist. Jede der Knorr-Suppen in Wurstform (Erbs fein, Erbs mit Reis, Erbs mit Speck, Pilz, Blumenkohl, Grünkern, Krebs, Spargel, Tomaten, Ochsenschwanz, Teigwaren) ist von wunderbar reinem charakteristischen Wohlgeschmack und kinderleicht herzustellen, braucht doch der für sechs Teller Suppe ausreichende Inhalt nur kurze Zeit im Wasser ohne weitere Zutaten gekocht zu werden.

„Nahrhaft" und „wohlschmeckend" sind Eigenschaften, die von einer guten Suppe verlangt werden. Gesellt sich dazu noch rasche und bequeme Herstellungsweise bei billigstem Preise, so sind sie das Ideal der wirtschaftlichen Hausfrau. Diese Eigenschaften besitzen Maggis Suppenwürfel, die in großer Sortenauswahl im Handel sind. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich Maggis Suppen seit Jahrzehnten allgemeiner Beliebtheit erfreuen.

Die seit 1880 bestehende, in den weitesten Kreisen bekannte und beliebte Uhren- und Goldwarenhandlung **Anton Berg, Inh. Richard Kempe**, Gartenstraße 86, schuf sich durch streng reelle und preiswerte Bedienung einen großen, treuen Kundenstamm, zu dem sehr viele Leser der „Volkswacht" gehören. Auch für Sie ist es ratsam, Ihren Bedarf an Uhren, Weckeruhren, Schmuck und Trauringen daselbst zu decken, denn es kann nur in Ihrem Interesse liegen, gut und preiswert bedient zu werden.

Am 24. Oktober, früh 5¼ Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser herzensguter Papa, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Oekonom

Fritz Frey

im 49. Lebensjahre.

Breslau, den 26. Oktober 1926

In tiefstem Weh

Amalie Frey geb. Grützner

Margot und **Lucie.**

Beerdigung: Mittwoch, 27. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Gräbschener Straße 191, aus nach dem Gräbschener Friedhofe. 771

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am 23 Oktober verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Tischler**

Paul Fitzner

im Alter von 47 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, 26 Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle II des Oswitzer Friedhofes

---

Dienstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr

im großen Saale 14096

der „Vier Jahreszeiten", Gartenstraße,

Pastor H. Francke, Berlin:

„Christentum u. Krieg"

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

---

Leihweise elegante

Frack- u. Rock-Anzüge 14193

Herm. Mohaupt

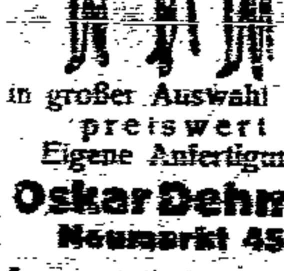
Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301 früher Albrechtstraße.

Buchhdlg Volkswacht

Moderne; Antiquariat

Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Anzüge



in großer Auswahl sehr **preiswert** Eigene Anfertigung

Oskar Dehmel

Neumarkt 45. 13818

Zurückgekehrt Dr. Hauptmann

Wollserge

Mtr. 90 Pf. b. 3.00 Mk., **Kittei** Mtr. 48—90 Pf., **Leinwand** Mtr. 35 Pf. b. 1.20 Mk., **Garn** 1000 Mtr. 30—70 Pf., **Heftgarn** 20 Gramm 10 Pf., **Schnürsenkel** 100 Paar 2.00 b. 8.00 Mk., **Hermelinfutter** Mtr. 75 Pf. b. 1.40 Mk., **Hemdentuch** Mtr 45—80 Pf., **Watteline** Mtr. 2 Mk. 14094

Detail und Engros

Bertold Lippert

Heinrichstraße 16.

Leihweise

Frack-, Smoking- u. Rock-Anzüge

C. P. Dützold,

Königstraße 7/9, I. Kleiderverleih-Anstalt

Genossen!

Genossinnen

Eure Familienanzeigen der

Volkswacht

Kaufangebote

Jede Nähmaschine kauft Gräbschenerstr. 45

In der „Volkswacht" haben Stellen-Angebote infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

---

An alle Freunde einer wirklich guten Cigarette.

Unsere „Halpaus Mocca" ist nichts „Neues", sondern etwas „Besonderes".

Wir haben unsere „Halpaus Mocca" zuerst durch unsere Zweigfabrik Köln auf den Markt gebracht; man hatte sehr rasch herausgefunden, daß „Halpaus Mocca" wirklich etwas Besonderes ist, daß diese Cigarette auf Grund ihrer besonderen Qualität erheblich mehr wert ist, als sie kostet.

Wir sehen darin eine Anerkennung für unsere besondere Art, unsere Rohtabake einzukaufen, und wir haben uns darum entschlossen, unsere „Halpaus Mocca" nunmehr auch in unserem Stammhause Breslau herzustellen.

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H. BRESLAU U. KÖLN